

Das Parlament

Berlin, 09. März 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Montag | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Zitterpartie in Erfurt

Bodo Ramelow Fast zweieinhalb Stunden dauerte der Wahlkrimi des Linken-Politikers gegen Björn Höcke (AfD) am vergangenen



Mittwoch im Thüringer Landtag. Schließlich gewann Ramelow – im dritten Wahlgang, in dem 42 Ja-Stimmen für ihn als Ministerpräsidenten und seine rot-rot-grüne Wunschkoalition reichten. Die Erleichterung war Ramelow anzusehen, aber auch Wut: Demonstrativ verweigerte der 64-Jährige seinem Kontrahenten Höcke den Handschlag nach seiner Wahl. Linke, SPD und Grüne wollen nun eine Minderheitsregierung wagen und „anhand der Inhalte“ zu Mehrheiten kommen. Nach einer gemeinsamen Vereinbarung mit der CDU-Fraktion im Erfurter Landtag sollen Neuwahlen im kommenden Jahr vorbereitet werden (siehe Seite 4).

ahe

ZAHLE DER WOCHE

250

Millionen Euro kann das Bundesgesundheitsministerium als außerplanmäßige Ausgabe nun für die zentrale Beschaffung von Schutzausrüstung für Ärzte, Krankenhäuser und Bundesbehörden ausgeben. Für Atemschutzmasken gilt wegen der Coronakrise zudem ein Exportstopp.

ZITAT DER WOCHE

»Wahnsinnstaten geschehen nicht im luftleeren Raum.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident, über den Anschlag von Hanau mit zehn Todesopfern und die rechtsextreme Gefahr in Deutschland

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Familie Ausbau ganztägiger Bildungsangebote an Grundschulen Seite 6

EUROPA UND DIE WELT
Israel Schwierige Regierungsbildung nach dritter Wahl in Folge Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Energie Bundesregierung legt Gesetz zum Kohleausstieg vor Seite 12

KEHRSEITE
Bundestag Hommage an die Fotografin Barbara Klemm Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Grenzen unter Druck

SYRIEN-KRIEG Die Massenflucht aus dem zerstörten Idlib fordert die Europäer heraus

Es ist zunächst eine Atempause im nicht enden wollenden Syrien-Krieg: Nachdem Russland und die Türkei vergangenen Donnerstag Waffenruhe vereinbart haben, hoffen Helfer, die Zivilisten in der nordwestsyrischen Provinz Idlib endlich wieder versorgen zu können. Russland kämpft dort seit Wochen an der Seite der syrischen Regierungstruppen, ihre Gegner, dschihadistische Milizen, werden teilweise von der Türkei unterstützt. Die Flächenbombardements der Russen, die Krankenhäuser, Schulen und Flüchtlingsheime in Schutt und Asche gelegt haben, trieben nach Angaben der Vereinten Nationen knapp eine Million Menschen in die Flucht in Richtung türkische Grenze, wo sie unter schlimmsten Bedingungen ausharren.

Der türkische Staatschef Recep Erdogan nutzte die Eskalation: Um vom Westen militärische und politische Hilfe in Syrien und mehr EU-Unterstützung bei der Versorgung der 3,7 Millionen Flüchtlinge im eigenen Land zu erzwingen, ließ er die Grenzen zur EU öffnen und gab den Migrationsdruck so an die Europäer weiter. Die EU-Staaten bemühen sich seither in Krisendiplomatie, wollen sie doch eine erneute Flüchtlingskrise ähnlich der des Jahres 2015 unbedingt verhindern. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Niels Annen (SPD), stellte der Türkei vergangene Woche in einer aktuellen Stunde im Bundestag bereits mehr Hilfen für die Versorgung der Flüchtlinge in Aussicht. Von den sechs Milliarden Euro, die Europa im 2016 vereinbarten EU-Türkei-Abkommen (siehe Text unten) zugesagt hatte, seien die meisten Mittel „abschbar verbraucht“. Auch Thorsten Frei (CDU) sagte, man werde der Türkei, aber auch Griechenland, „notwendiges Geld“ zur Verfügung stellen. Allerdings müsse Erdogan das Flüchtlingsabkommen dann auch einhalten und die EU-Außengrenze wieder sichern.

Zahlen oder nicht? Einen Tag später stellte Außenminister Heiko Maas (SPD) jedoch klar, dass er weitere Finanzhilfen für Ankara ablehne. Die EU sei nicht bereit, dem Druck von Erdogan nachzugeben, sagte er am Freitag. Möglich seien aber Gespräche über eine beschleunigte Auszahlung bereits zugesagter Gelder. In der EU-Kommission gibt es laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP zufolge allerdings Pläne, weitere 500 Millionen Euro für Syrien-Flüchtlinge in der Türkei bereitzustellen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, inwieweit die EU-Staaten Flüchtlinge aus den



Russische Luftangriffe haben die syrische Stadt Idlib größtenteils zerstört und Hunderttausende in die Flucht getrieben. Laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell soll nun Ende Juni in Brüssel eine Geberkonferenz für die Opfer stattfinden. Dazu sollen auch Russland und die Türkei eingeladen werden.

überfüllten griechischen Flüchtlingslagern aufnehmen sollten. Maas sagte, einige Länder seien zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen bereit. Er pochte jedoch auf eine „europäische Lösung“, wobei sich daran nicht alle Staaten beteiligen müssten.

Tags zuvor hatte der Bundestag indes drei – zum Teil schon vor Monaten eingebrachte – Anträge von Linken und Grünen (19/8648, 19/16838, 19/9275) zur Aufnahme von Asylsuchenden durch deutsche Kommunen abgelehnt. Einen weiteren Antrag der Grünen (19/17513), in dem sie ein humanitäres Aufnahmeprogramm für 5.000 besonders Schutzbedürftige fordern, überwies das Plenum zur weiteren Beratung an den Innenausschuss. In der aktuellen Stunde erklärte Agnieszka Brugger (Grüne), mit Kontingenten helfe man „nicht nur denen, die es am meisten brauchen, man hat auch eine Kontrolle darüber, wer kommt, und man schafft Fluchtwege ohne Lebensgefahr“. Der Türkei war

es vor, die Flüchtlinge „zum Spielball brutaler Machtpolitik“ zu machen. Ulla Jelpke (Linke) sprach von einem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Türkei in Syrien und forderte die EU zur Aufnahme von Flüchtlingen auf. Die Bundesregierung betreibt eine „Appeasement-Politik“ gegenüber Erdogan. Indem sie den „Aggressor“ unterstütze, trage sie zur Verlängerung des Krieges und zur neuen Massenflucht bei.

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) befürwortete zwar die Verteilung von Härtefällen vom griechischen Festland in Europa, bezeichnete eine unkontrollierte Grenzöffnung jedoch als „falschen Weg“. Die EU müsse ihre Außengrenzen schützen, auch weil sonst „ein unglaublicher Druck“ auf die Flüchtlinge in der Türkei ausgeübt werden würde, das Land sofort nach Norden hin zu verlassen. „Wir wären mit einer Vertreibung der Geflüchteten konfrontiert“, sagte Lambsdorff mit Verweis auf die antisyrische Stim-

mung, die in der Türkei vielerorts herrsche. Die AfD stellte sich im Bundestag einmal mehr gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, scheiterte aber mit einem Antrag (19/16051), in dem sie den Bundesländern das Recht einräumte, die Zuteilung von Asylbewerbern einzuschränken oder ganz abzulehnen. „Wenn sich 2015 nicht wiederholen soll, gibt es nur einen Weg“, stellte AfD-Fraktionschef Alexander Gauland klar. „Wir müssen endlich unsere Grenzen gegen illegale Migration schützen.“ Wirkliche humanitäre Hilfe müsse direkt in die umkämpfte Region gehen. Gauland forderte auch Sanktionen gegen die Türkei. In einem offenen Brief europäischer Parlamentarier, den Norbert Röttgen und Roderich Kiesewetter (beide CDU), Franziska Brantner und Omid Nouripour (Grüne) sowie Bijan Djir-Sarai (FDP) mitunterschieden haben, werden als Druckmittel jedoch nur Sanktionen gegen Russland angeregt.

Während in Berlin und Brüssel noch über fieberhaft Lösungswege beraten wurde, erwies sich die Feuerpause in Syrien bereits als fragil. Kaum zwölf Stunden nach Beginn wurden aus der Provinz Idlib wieder neue Kämpfe gemeldet. *Johanna Metz*

»Mit Kontingenten hat man Kontrolle darüber, wer kommt.«

Agnieszka Brugger (Grüne)

Vom Hoffnungsträger zur Achillesferse

FLÜCHTLINGSABKOMMEN Türkei wirft EU teilweise Nichteinhaltung vor. Bundesregierung zeigt sich gesprächsbereit

Die Einigung mit der Türkei galt vor vier Jahren als Durchbruch in den europäischen Bemühungen um eine Bewältigung der Flüchtlingskrise: Alle irregulären Migranten, die von türkischem Boden auf die griechischen Inseln gelangten, sollten laut dem EU-Türkei-Abkommen von März 2016 in die Türkei zurückgeführt werden können. Auch verpflichtete sich Ankara, die Grenzen nach Europa strenger zu kontrollieren. Im Gegenzug sagte die EU Finanzhilfen zugunsten der Flüchtlinge in der Türkei zu. Insgesamt sechs Milliarden Euro sollten direkt an Hilfsorganisationen und -projekte verteilt werden. Für jeden zurückgeführten Migranten sollte zudem ein Syrer aus der Türkei legal in die EU kommen dürfen.

Mit der Öffnung der türkischen Grenze am 29. Februar setzte Präsident Recep Tayyip Erdogan den Deal einseitig außer Kraft – und die EU mächtig unter Druck. Im griechischen Grenzgebiet kam es kurz darauf zu chaotischen Zuständen (siehe Seite 3). Bundesinnenminister Horst Seehofer warnte vor einem schlimmeren Szenario als bei der Flüchtlingskrise 2015, als rund 890.000 Migranten und Schutzsuchende nach Deutschland eingereist waren.



Der damalige EU-Ratspräsident Donald Tusk (links) und der türkische Präsident Erdogan im März 2016 bei den Verhandlungen über den Flüchtlingsdeal.

Die EU halte sich nicht an den Flüchtlingspakt, begründete Erdogan sein Vorgehen. Er fühlt sich angesichts der jüngsten Eskalation im nordsyrischen Idlib von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen. Russische und syrische Truppen sind dort gegen die Milizen vorgeückt, die von der Türkei unterstützt werden. Hunderttausende Syrer sind seither auf der Flucht, vor allem in Richtung

Türkei, die seit Beginn des Krieges bereits rund 3,7 Millionen Flüchtlinge (Deutschland: 1,1 Millionen) aufgenommen hat. Für die Europäer ist der Fortbestand des Flüchtlingsdeals essenziell, hat er doch die Zahl der irregulären Grenzübertritte in die EU stark verringert. „2015 darf sich nicht wiederholen“, betonte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karren-

EDITORIAL

Politik und Elend

VON JÖRG BIALLAS

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan macht Politik mit dem Elend notleidender Flüchtlinge. Das ist zynisch und menschenverachtend.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Europa hat nach der großen Flüchtlingswelle, die vor fünf Jahren begann, ganz gern weggeschaut und erfolgreich verdrängt, dass die Krise nicht vorbei ist, nie vorbei war. Die Europäische Union hat die Türkei dafür bezahlt, uns die Sorgen abzunehmen. Auf der Strecke blieb dabei ein funktionierendes System, wie an der EU-Außengrenze mit Migrationswilligen umzugehen ist. Und nach welchen Vorgaben die Menschen weiterreisen dürfen.

Die furchtbaren Zustände in den griechischen Aufnahmehäusern zeigen, wie verfahren die Situation ist. Ein überfordertes Staat ist dort nicht in der Lage, die Geflohenen wenigstens halbwegs akzeptabel unterzubringen. Und als dann nach Erdogans Grenzöffnung noch mehr Menschen über den Schlagbaum zu drängen drohten, wurde mit Tränengas geschossen, sogar auf Babys.

Das darf Europa nicht hinnehmen. Es wird höchste Zeit, Griechenland, Bulgarien und Italien besser zu unterstützen. Wenn es dafür weiterhin keine europäische Allianz gibt, müssen Deutschland und Frankreich sich an die Spitze der Bewegung stellen und ausloten, wo die, oft im Sinne des Wortes, gestrandeten Menschen würdevoll unterzubringen sind. Das gilt vor allem für Familien mit Kindern.

Wer eine drohende Eskalation der Lage wie 2015 propagiert, verkennt – vermutlich bewusst – die Dimension der aktuellen Situation. Jetzt gilt es, Erste Hilfe für diejenigen zu leisten, die schon da sind. Das sind deutlich weniger Menschen als vor fünf Jahren. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass diese Fürsorge in Syrien und anderswo nicht als Signal des Aufbruchs gen Europa missverstanden wird. Jedenfalls nicht, wenn keine Bedrohung für Leib und Leben besteht.

Außerdem ist es an der Zeit, vor allem auch auf die Syrien-Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin einzuwirken. Dessen Kampfflets bombardieren die Zivilbevölkerung und sind maßgeblich verantwortlich für die Flüchtlingsströme Richtung Europa. Der Krieg in Syrien entwickelt sich zu einem weiteren Dauerkonflikt dieser Welt. Einstweilen bleibt Europa wohl nur, wenigstens die Auswirkungen lindern zu helfen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Türkische Polizisten stehen Wache, während sich Migranten und Schutzsuchende am Grenzübergang Pazarkule entlang der türkisch-griechischen Grenze versammeln.

© picture-alliance/dpa

Gestrandet im Niemandsland

EU-AUSSENGRENZE Tausende Migranten wollen aus der Türkei nach Europa. Griechische Flüchtlingslager sind überfüllt

Es sind viele Tausend Menschen unter freiem Himmel. Sie sind aus dem Großraum Istanbul und anderen Regionen der Türkei ins sogenannte Niemandsland gekommen, in die Gegend um die Stadt Edirne im äußersten Westen des Landes. Die Flüchtlinge spüren in diesen Tagen, dass sie in eine Sackgasse geraten sind. Sie haben auch nachts nur die Kleider, die sie am Leib tragen, und mit etwas Glück eine Decke zum Schutz vor Kälte und Wind. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wollte, dass diese Menschen in großer Zahl an die Grenze zu Europa ziehen. Die Grenzschrützer wurden angewiesen, möglichst viele Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak oder Iran an diese Grenze zu geleiten. Erdogans Marschbefehl für Tausende soll eine neue und besonders drastische Drohung sein an die Europäische Union und durchaus auch an die deutsche Kanzlerin persönlich: Entweder es gibt rasch mehr Unterstützung, also Geld für die Versorgung von geschätzt knapp vier Millionen Flüchtlingen in der Türkei – oder „wir schicken diese Menschen in großer Zahl zu Euch“. So hat es Erdoğan immer wieder gesagt in Reden und Fernsehauftritten der vergangenen Wochen.

»Wir müssen für den Schutz der Kinder sorgen – statt sie zusätzlich zu bestrafen.«

Boris Cheshirkov (UN-Flüchtlingshilfswerk)

eine weitere Nacht unter freiem Himmel ausharren müssen. Oder schaffen es mit Schleusergeld und Menschenhändlern durch eines der vielen abgelegenen Nadelöhre doch in Richtung Balkan oder nach Italien. Statistisch erfasst werden wie oft nur die, die auf griechischer Seite festgenommen werden; es sind Dutzende in mancher Nacht. In der vergangenen Woche veröffentlichte das griechische Migrationsministerium die Zahl von „mehr als 5.000 Menschen, die an der illegalen Einreise gehindert werden konnten“.

Bei ihrem Kurz-Besuch an diesem Grenzschnitt auf griechischer Seite hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) der konservativen Regierung in Athen vergangene Woche den Rücken gestärkt. Zumindest öffentlich hat sie keine Kritik geübt am harten Einsatz griechischer Grenzsoldaten. Einzelne deutsche Politiker der Grünen und der Linken sind nach Griechenland gereist, um von vor Ort auch via sozialer Medien auf die zugespitzte Lage aufmerksam zu machen.

chen – sie wissen, dass die Bilder und Videoaufnahmen von bürgerkriegsähnlichen Szenen an der griechisch-türkischen Grenze bald nicht mehr die Aufmerksamkeit bekommen werden. Es sei denn, Erdoğan macht seine Drohung wahr und schickt noch mehr Busse mit weiteren Flüchtlingen ins sogenannte Niemandsland. Zusätzliche türkische Polizisten sind bereits in Grenzregion am Fluss Evros in Marsch gesetzt worden.

Von der Leyen versprach bei ihrem Besuch einmal mehr eine Aufstockung des Frontex-Kontingents, was selbst in Polizeikreisen im griechischen Nordosten Verwunderung auslöst. Denn wie in nur wenigen Wochen Unterkünfte und eine funktionierende Infrastruktur für hunderte neue Mitarbeiter der Grenzschutzagentur entstehen sollen, ist ein Rätsel in einer Gegend, in der auf mancher Polizeistation im Kollegenkreis Geld gesammelt wird für einen Ofen im Winter oder für neue Uniform-Hosen oder Jacken. Frontex-Personal, das in den zurückliegenden Jahren immer wieder auch aus Deutschland an die griechischen Grenzen geschickt wurde, hat Nachtsicht-Geräte und andere technischen Hilfsmittel für die Jagd nach Schleusern geliefert. Geschichten von ertappten Menschenschmugglern machen unter Grenzsoldaten die Runde, die auch mit Hilfe deutscher Spürhunde enttarnt werden können. Ab und zu, so heißt es, gelangen ein größerer Schlag gegen Schleuserringe.

Polizei Barrieren Dass es gleichzeitig viele Flüchtende schaffen, in Schleuser-Transportern oder zu Fuß in kleinen Gruppen unentdeckt nach Europa zu kommen, ist ebenso Alltag. Dutzende Tote gibt es Jahr für Jahr alleine auf der Autobahn zwischen Alexan-

droupolis im äußersten Nordosten Griechenlands und Thessaloniki. Sie starben, weil ihre Schleuser versucht hatten, Polizeibarrieren auf der Autobahn mit hoher Geschwindigkeit zu durchbrechen. Um im Inneren der Transporter zusammengepackte Migranten unerkannt in den Großraum Thessaloniki zu bringen, werden hohe Schleuserpreise bezahlt.

In Thessaloniki haben Nicht-Regierungsorganisationen ein buntes Netzwerk aufgebaut, um viele Tausend in die Stadt geflüchtete Menschen zu versorgen. Die griechische Regierung nennt sie „Illegale“, Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Sie leben in Eisenbahnwaggons, in Hinterhöfen, halb verfallenen Kellern. Auch Ärzte und Lehrer aus Deutschland helfen regelmäßig als NGO-Freiwillige für ein paar Wochen, um diese offiziell nicht benannte Zahl von Migranten zu versorgen. Sie tauchen in keiner Statistik auf, da sie nicht in einem der staatlich geführten Flüchtlingslager Nordgriechenlands leben. Im Straßenbild von Thessaloniki und kleineren Gemeinden in der Peripherie sind sie aber längst Teil des öffentlichen Lebens. Manche versuchen als Näher oder Erntehelfer Geld zu verdienen, viele sparen auf ein gefälschtes Reisedokument aus einer der illegalen Pass-Werkstätten. Zusätzlich brauchen sie Tickets für den Kleintransporter nach Albanien oder das Boot-Ticket nach Italien, das Schleuser weiterhin anbieten – trotz offiziell geschlossener Balkanroute. Was sich im Norden Griechenlands derzeit

im Fokus der Weltöffentlichkeit zuspitzt, hat sich auf den fünf griechischen Inseln mit Registrierungszentren seit letztem Jahr nicht weniger dramatisch entwickelt. Aus Dutzenden Neuankünften pro Tag auf Lesbos, Samos, Kos, Chios und Leros sind im Schnitt mehrere hundert Migranten täglich geworden, die bei halbwegs ruhiger See meist nachts oder früh morgens in einem der zahlreichen Flüchtlingsboote aus der Türkei an den griechischen Küsten ankommen. Einige Dutzend Flüchtlinge sind dabei im vergangenen Jahr in der Ägäis ertrunken.

Dem Blick entzogen Auf Kos sind die Flüchtlingslager völlig überfüllt. Der sogenannte „Hotspot“ mit Registrierungszentrum ist ins Hinterland der Insel gebaut worden – weit weg von den Hotels an den Badestränden mit Blick auf die Türkei. Längst haben sich dort vor allem allein reisende Männer – aber auch Familien mit kleinen Kindern primitive Hütten aus Holz und Pappe jenseits des Lager-Stacheldrahts gebaut. Sie müssen sich für die Morgentoilette einen halbwegs ruhigen Platz zwischen Olivenbüschen und Fels-Mauern suchen. Trinkwasser holen sie in alten Plastikflaschen aus dem offiziellen Lager am Hang über ihnen.

Ähnlich und in diesen Tagen besonders dramatisch ist die Lage auf Lesbos, wo sich eine traditionell weltoffen und tolerant eingestellte Inselbevölkerung seit Monaten immer deutlicher und zum Teil auch aggressiv ge-

gen weitere neu ankommende Migranten wehrt. Flüchtlingsboote werden mit Stangen vom Hafen aus traktiert, wütende Inselbewohner beschimpfen neu aus der Türkei ankommende Syrier, Iraker, Pakistani oder Afrikaner. Rechtsextreme gewaltbereite Männer nutzen die angespannte Stimmung auf Lesbos aus und bewerfen aus dem Hinterhalt Fahrzeuge von NGO-Mitarbeitern und Journalisten. Im Lager-Inneren – hinter Stacheldraht und hohen Mauern aus Beton – sind Journalisten weiterhin nicht erwünscht. Sondergenehmigungen werden nur an ausgewählte Berichterstatter erteilt – nach oft mehrwöchigen Antragsformalitäten.

Bei einem Besuch des damals neuen stellvertretenden Heimatschutz-Ministers im Lager Moria im vergangenen Sommer war ein Fernsehjournalist des regierungsfreundlichen privaten Fernsehsenders SKAI der einzige Begleiter, den das Ministerium zugelassen hatte. Die Live-Schalten des Ministers blendeten die erbärmlichen Lebensbedingungen für Flüchtlinge fast komplett aus.

Die griechische Regierung hat inzwischen das unter Regierungschef Kyriakos Mitsotakis abgeschaffte Migrationsministerium wieder neu installiert. Vorrangige Aufgabe aus Sicht der seit Sommer mit absoluter Mehrheit im Parlament ausgestatteten konservativen Regierungspartei Nea Demokratia ist es im Moment, neue Signale der Abschreckung an die auf türkischem Boden wartenden Flüchtlinge zu senden. Durch die jüngsten Krawalle auf Lesbos musste die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ ihre direkt am Lager Moria gelegene Feld-Klinik vorübergehend schließen. Wie die täglich mehreren hundert behandelten Flüchtlinge ohne diese Einrichtung klarkommen sollen, ist auch den Mitarbeitern von „Ärzte ohne Grenzen“ im Moment ein Rätsel. Der Präsident der Organisation, Christos Christou, kritisiert die griechische Regierung deutlich: „Regierungschef Mitsotakis und sein Team will die großen Lager, in denen bisher Flüchtlinge registriert wurden, durch geschlossene Lager ersetzen. Aber auch das kann keine Lösung für die schreckliche Lage sein.“ Die Inselbevölkerung auf Lesbos hat versucht, Schiffslieferungen für die ersten Bauabschnitte eines dieser geschlossenen Lager auf ihrer Insel zu blockieren. Auch hier setzt die griechische Regierung ihr Baurecht mit zusätzlich nach Lesbos verlegten Polizeieinheiten durch.

Besuch Die Entschlossenheit der Regierung wurde durch den Besuch Ursula von der Leyens und dem gemeinsamen Auftritt mit Premier Mitsotakis vor Fernsehkameras aus ganz Europa belohnt. Der beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR für die griechischen Inseln Verantwortliche Team-Leiter Boris Cheshirkov kritisiert Auftritte wie diesen zwar nicht, weil das

UNHCR stets auf eine Zusammenarbeit mit Regierung und europäischen Spitzenvertretern baut. Aber er betont ebenso wie NGO-Vertreter, dass zu viele Flüchtlinge durch Untätigkeit und falsche Entscheidungen auf Regierungsseite leiden müssten. „Wir haben jetzt mehr als 5.000 unbegleitete Kinder in Griechenland. Gut 2.000 von ihnen leben extrem riskant auf den Inseln. Wir müssen dafür sorgen, dass sie besseren Schutz bekommen – und sie nicht zusätzlich bestrafen in noch stärker bewachten Lagern. Wichtig wäre, dass zumindest einige dieser Kinder schnell besser untergebracht werden.“

Knapp 40.000 Menschen müssen inzwischen auf den griechischen Inseln unter menschenunwürdigen Zuständen leben. Selbst in Lagern mit Wohncontainern kommen auf eine Toilette mit einfachem Waschraum etwa 350 Menschen, so die Einschätzung von „Ärzte ohne Grenzen“. Deren Präsident Christou sieht besonders Flüchtlingskinder gefährdet. „Wir haben auf Lesbos viele Kinder behandelt, die Selbstmordversuche begangen hatten. Diese Kinder sind zum Teil nicht mal zehn Jahre alt. Manche können nicht mehr spielen und auch nicht mehr richtig schlafen. Sie haben aufgehört zu reden.“

In vielen griechischen Zeitungen ist kaum mehr etwas über die wahren Zustände in Flüchtlingslagern und wilden Camps zu lesen. Sie berichten stattdessen zunehmend über die Belastungen, die die eigene Bevölkerung durch stark gestiegene Flüchtlingszahlen zu erleiden hat. Das Gefühl, vom Rest Europas allein gelassen zu werden, hat sich auf den Inseln und im Norden Griechenland verfestigt. „Warum müssen die Flüchtlinge leiden in den Camps?“, fragt ein belgischer Flüchtlingshelfer auf Lesbos. „Sie müssen leiden, weil Europa die Bilder von leidenden Flüchtlingen braucht, um neue Flüchtlinge abzuschrecken.“ In den sozialen Medien schaffen es Schleuserbanden dennoch immer wieder, Hoffnung zu verbreiten. Sie befeuern so weiterhin Tausende von Migranten auf ihrem Zug in Richtung Nordeuropa. Der griechischen Regierung und vielen in der griechischen Bevölkerung, ist klar, dass sie mit Flüchtlingscamps und weiteren Flüchtlingslagern auf dem Festland vermutlich noch lange Jahre ein unsicherer Wintergarten Europas für zigtausende Migranten bleiben werden.

Der Autor ist Hörfunk-Korrespondent der ARD für Griechenland und Zypern.



Quelle: dpa Grafikquelle: dpa+100670 (edtiert)

Zwei Wochen sind vergangen seit dem Terroranschlag von Hanau, als der Bundestag am vergangenen Donnerstag nach einer sitzungsfreien Phase über „Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden“ vom 19. Februar debattiert. In der Vorwoche hatte sich bereits der Innenausschuss in einer Sondersitzung mit der Mordserie befasst; am Vortag hatte unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf der zentralen Gedenkfeier in Hanau der Opfer gedacht. Nun verfolgt er von der Ehrentribüne des Bundestages, wie sich die Abgeordneten im Plenum zu einer Schweigeminute erheben.

„Auch 14 Tage nach den rassistisch motivierten, von Hass auf Muslime getriebenen Morden“, konstatiert Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) zu Beginn der Plenarsitzung, „ist das Entsetzen greifbar“. Der Parlamentspräsident nennt die Namen der Opfer, eine Frau und acht Männer, „gezielt ermordet, weil die Wurzeln ihrer Familien außerhalb Deutschlands liegen“; er erinnert auch an die Mutter des Attentäters, „getötet vom eigenen Sohn“.

Aufrichtigkeit gefordert Für Schäuble fordert Hanau „vor allem Aufrichtigkeit“: Aufrichtigkeit vom Staat, der sich eingestehen müsse, „die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben“, „Aufrichtige Selbstkritik der Politik“, geschehen doch „solche Wahnsinnstaten“ nicht im luftleeren Raum, sondern „wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden“ geschürt werde. Und „Aufrichtigkeit von uns als Gesellschaft – indem wir uns eingestehen, dass wir bei der Integration noch lange nicht da sind, wo wir sein sollten“. Was wäre eigentlich passiert, „wenn es sich in Hanau nicht um einen Mordanschlag auf Muslime, sondern ein islamistisches Attentat gehandelt hätte?“, fragt der Bundestagspräsident. Er mahnt, „Fremdheitsgefühle angesichts tiefgreifender Veränderungen“ ernst zu nehmen, wenn man auch jene erreichen wolle, „die Vielfalt mit Skepsis begegnen“. Die „Zukunft unserer offenen Gesellschaft“, sagt er, entscheide sich daran, „ob es uns gelingt, Verschiedenheit zu akzeptieren, die Vielfalt an Lebensstilen anzuerkennen und die eigenen Vorstellungen nicht zum Maß aller Dinge zu erklären“. Dass sich Menschen in Deutschland nicht mehr sicher fühlen, sei „ein unhaltbarer Zustand“.

Ähnlich äußerte sich in der anschließenden Debatte auch Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU), der „tiefe Scham“ darüber bekundete, „dass Menschen in diesem Land wieder Angst haben“ – weil sie einer bestimmten Gruppe angehören, einen bestimmten Glauben haben und das Gefühl, der Staat könne sie nicht schützen. Der Schutz des Einzelnen aber sei die Aufgabe des Staates, und der Anschlag von Hanau sei daher auch ein Anschlag „auf den Kern unseres Staates“ gewesen, sagte Brinkhaus und betonte, der „Feind unserer Demokratie“ stehe „in diesen Tagen rechts und nirgendwo anders“.

Dabei gehe es nicht darum, dass Probleme nicht benannt werden dürfen, fügte Brinkhaus hinzu, sondern „um das Wie“. Die Sprache stehe am Anfang einer Radikalisierung, die zu oft in Gewalt ende. Was noch vor Jahren „an Hass undenkbar“ gewesen sei, sei heute Alltag im Netz, auf Schulhöfen, in Fußballstadien und auch „hier im Parlament“, beklagte er und mahnte, der „Verrohung der Sprache“ entgegenzutreten.

Streit um AfD Während der AfD aus den Reihen des restlichen Hauses eine Mitverantwortung an rechtsextremistischen Gewalttaten attestiert wurde, wandten sich

Angst im Lande

TERRORISMUS Der Bundestag debattiert über Konsequenzen aus dem Anschlag in Hanau. Die Regierung sieht im Rechtsextremismus die »größte Bedrohung«



Am Vortag der Bundestagsdebatte verfolgen Trauernde auf dem Hanauer Freiheitsplatz die Übertragung der zentralen Gedenkfeier für die Opfer des Terroranschlags. Auf der Videoleinwand sind neben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel (5. und 2. von rechts.) Angehörige der Opfer zu sehen. © picture-alliance/dpa

deren Redner gegen Schuldzuweisungen an die eigene Adresse. Roland Hartwig (AfD) sagte, Extremismus komme „niemals nur von einer Seite“, sondern „immer von links wie von rechts“. Er betonte zugleich, dass Deutschland eine „politisch-moralische Spaltung in die Guten und die Bösen“ erlebe. Diese von den anderen Parteien geschaffene „Moralisierung des Politischen“ sei „brandgefährlich“. „Wenn Sie all den Menschen, die Ihre Meinung nicht teilen, ständig den Mund verbieten, wenn Sie die-

Leute stigmatisieren und gesellschaftlich isolieren, dann schaffen Sie selbst die Räume der Radikalisierung“, warnte Hartwig und fügte hinzu: „Ihre Politik hat ein Klima der Angst geschaffen, und jetzt kommen wir als AfD und halten Ihnen den Spiegel vor.“ Gottfried Curio (AfD) sagte, der Täter von Hanau sei verrückt gewesen „und der AfD soll es in die Schuhe geschoben werden“. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Rolf Mützenich, warf der AfD dagegen vor, sie

habe mit ihren Reden Täter wie jenen in Hanau im Glauben gelassen, dass eine große Zahl von Menschen genauso denke. „Sie haben den Boden bereitet, Sie haben sich schuldig gemacht“, fügte er an die AfD gewandt hinzu. Der Anschlag sei „rassistischer und rechter Terror“ gewesen und der Täter „von einem System der Hetze, der Erniedrigung und der Anleitung zu Gewalt“ getragen worden. „Diese Spur führt hinein in den Bundestag, und die AfD ist der Komplize“, unterstrich Mützenich.

Stephan Thomae (FDP) hielt der AfD vor, sie bespiele „Rassismus in sämtliche Oktaven“ und sei deshalb „auch nicht frei von politischer Mitverantwortung für das, was geschieht“. Bijan Djir-Sarai (FDP) verwies darauf, dass jeder Mitbürger mit einer Migrationsbiografie „Geschichten von Alltagsrassismus“ erzählen könne „von unterschiedlichen Bemerkungen und direkten Beleidigungen bis hin zu offener Gewalt“. Er habe sich immer über einen Satz seiner Eltern aufgeregt, berichtete der Abgeordnete,

te, die ihm zu einem Medizinstudium geraten hätten, weil er als Arzt überall im Ausland arbeiten könne, wenn er Deutschland bei veränderten politischen Verhältnissen würde verlassen müssen. In den „Tagen von NSU, Kassel, Halle und Hanau“ mache er sich aber oft Gedanken über diesen Satz seiner Eltern. „Selbstverständlich denke ich nicht darüber nach, Deutschland zu verlassen – dafür bin ich zu sehr Rheinländer, dafür liebe ich dieses Land zu sehr“, fügte Djir-Sarai hinzu. Er spüre aber „zum ersten Mal seit Langem, dass Menschen in diesem Land zu Recht Angst vor der Zukunft haben“.

Für Die Linke verwies ihr Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch darauf, dass mehr als 200 Menschen seit der Wiedervereinigung in Deutschland von Rechtsextremen ermordet worden seien. „Die Blutsprache des Rechtsterrorismus zieht sich seit Jahrzehnten durch Deutschland“, beklagte Bartsch. Dagegen müsse der Rechtsstaat entschlossen vorgehen. Viel zu lange sei jedoch das „Problem des rechten Terrors“ heruntergespielt worden.

Omid Nouripour (Grüne) forderte gegen Hass und Rassismus einen „Aufstand der Anständigen“, vor allem aber einen „Aufstand der Zuständigen“. Man brauche „Institutionen, die aufstehen gegen Rassismus“. Viele machten dies bereits, doch müssten es „alle tun, die dem Schutze unseres Landes“ verpflichtet seien, und das sei „derzeit leider nicht der Fall“.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), warb für eine „Kultur des klaren Widerspruchs“. Jede und jeder müsse „den Mund aufmachen, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Religion oder ihres Geschlechts abgewertet oder angefeindet werden“, mahnte Widmann-Mauz. Zugleich rief sie dazu auf, die Gesellschaft nicht in „Wir Deutsche“ und „Ihr Eingewanderte“ zu trennen. Deutschland, sei vielfältig, „aber wir sind eine Einheit – es gibt nur ein Wir“.

»Größte Bedrohung« Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) wertete den Rechtsextremismus als „größte Bedrohung unserer offenen und friedlichen Gesellschaft“. Rassistischen Sprüchen und der Abwertung von Menschen folgten Beleidigungen, Gewaltphantasien und Bedrohungen sowie schließlich Gewalt und Mord. Diese Gewaltspirale habe die AfD bis heute nicht verstanden, fügte die Ressortchefin hinzu. Neben „Entgleisungen im Parlament“ seien „der Hass und die Hetze im Netz“ ein weiterer Nährboden, der ausgetrocknet werden müsse. Daher sollten künftig die Provider in die Pflicht genommen werden, Morddrohungen und Volksverhetzungen zu melden, damit in solchen Fällen eine konsequente Strafverfolgung möglich ist.

Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte, „die höchste Bedrohung in unserem Land“ gehe vom Rechtsextremismus aus. Er hob zugleich hervor, dass eine „umfassende Bekämpfungsstrategie des Rechtsextremismus“ entwickelt und diese zwölf Punkte mittlerweile weitgehend umgesetzt worden seien. Seehofer nannte dabei unter anderem eine „massive Verstärkung des Bundeskriminalamtes und des Bundesverfassungsschutzes“, eine Verschärfung des Waffenrechts und den neuen Kabinettsausschuss „Rechtsextremismus“. Die „wehrhafte Demokratie“ brauche „mutige Demokraten“, aber „auch und vor allem einen starken Staat“. **Helmut Stoltenberg II**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



BILDUNG –
WAS IST JETZT WICHTIG
UND REALISTISCH?

Ein Plädoyer dafür, soziale Ungleichheit in den Fokus der Bildungspolitik und –praxis zu rücken, denn Armut und prekäre Lebenslagen verdecken Potenziale von Kindern, die entdeckt werden müssen.



Aladin El-Mafaalani

MYTHOS
BILDUNG

Die ungerechte Gesellschaft,
ihr Bildungssystem und seine Zukunft

KIEPENHEUER & WITSCHE

Große Tournee zum Buch: 10.3. Heidelberg | 11.3. Ludwigsburg | 13.3. Leipzig | 16.3. Dresden | 18.3. Unna | 19.3. Leverkusen | 23.3. Hamburg | 24.3. Schleswig | Weitere Termine unter www.kiwi-verlag.de/MythosBildung

Gebunden € (D) 20,-
Verfügbar auch als E-Book
www.kiwi-verlag.de

Kiepenheuer & Witsch



Israels Premier Benjamin Netanjahu verkündet nach der Wahl einen „Riesensieg“ für sich und seine konservative Likud-Partei.

© picture-alliance/Photoshot

Lagebild im Mittelmeer

BUNDESWEHR Die Beteiligung der Bundeswehr an der „Nato-geführten maritimen Sicherheitsoperation Sea Guardian“ im Mittelmeer soll für ein weiteres Jahr fortgesetzt werden. Wie die Bundesregierung in einem Antrag (19/17286) schreibt, sollen dafür wie bisher bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden können, um „auf und über See“ Lagebilder zu erstellen und den Seeraum zu überwachen. Der Einsatz leiste einen Beitrag zum maritimen Kampf gegen Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels. Den Antrag überwies das Bundestagsplenum am vergangenen Freitag in die Ausschüsse.

Der Einsatz ermöglicht laut Bundesregierung ein „dichtes Lagebild im Mittelmeer“, wirke als präventiver Ordnungsfaktor und diene bei Bedarf zur Gefahrenabwehr. „Angesichts des hohen Stellenwertes der maritimen Verkehrs- und Versorgungswege ist die Sicherheit im Mittelmeerraum für die Nato und ihre Mitglieder von zentraler Bedeutung.“ Die anhaltenden Krisen und regionale Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika hätten Auswirkungen auf die Sicherheitslage des Mittelmeerraumes. Teile der Region seien zudem durch Probleme wie wirtschaftliches Gefälle, Flucht- und Migration, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Korruption geprägt. Dies würden von nichtstaatlichen Akteuren für wie Waffen- und Menschenhandel ausgenutzt. Das Mandat ist befristet bis Ende März 2021, die einsatzbedingten Zusatzkosten beziffert die Bundesregierung für diesen Zeitraum auf rund 3,2 Millionen Euro. **aha** ||

Erneut im Patt

ISRAEL Nach der dritten Knesset-Wahl in Folge gibt es einen klaren Sieger – aber viele Unklarheiten

Israel kann für sich in Anspruch nehmen, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Nach der dritten Knesset-Wahl Anfang März innerhalb nur eines Jahres herrscht nun allerdings erneut ein Patt zwischen den politischen Lagern. Es war damit zu rechnen, dass Benjamin Netanyahu rechte Likud-Partei und das Mitte-Bündnis Blau-Weiß von Benny Gantz wieder etwa gleichauf landen würden. Nun könnten die Akteure vor der gleichen Situation stehen wie vor der Wahl, dass es ihnen nämlich wieder nicht gelingt, eine Regierung zu bilden, und dass damit womöglich ein viertes Mal gewählt werden muss.

Überraschend allerdings war, dass Netanjahu einen deutlichen Vorsprung gegenüber Herausforderer Gantz einfahren würde. Sein Sieg bedeutet, dass die Hälfte der Wähler ihre Stimme einem Mann gegeben hat, der gerade erst wegen Korruption, Betrug, Untreue und Bestechlichkeit angeklagt wurde und der seit Monaten damit beschäftigt ist, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dass er sich dieses Mal gegen Benny Gantz durchsetzen konnte, dürfte jedoch nicht nur an Netanjahus Kampagne liegen,

die er gegen seinen Rivalen aufgezogen hatte. Oder daran, dass er mit populistischen Versprechen äthiopischen Israelis, Taxifahrern oder Cannabis-Rauchern ein paar zusätzliche Stimmen abringen konnte. Gantz steht Netanyahu nicht nur in Skrupellosigkeit nach, er bot den Israelis offenbar keine echte Alternative. Er verweigerte sich wie der Likud der Zusammenarbeit mit arabischen Parteien und wie Netanyahu sprach er sich für Trumps „Peace-Plan“ aus – demzufolge ein Großteil des Westjordanlands annektiert werden soll. Der frühere Generalstabschef der israelischen Armee behielt zwar den gleichen Stimmenanteil wie bei der Wahl im September 2019, er kammalisierte für seine 33 Mandate jedoch die Stimmen seines Verbündeten, der alten Linken. Sie ersetzen vormalige Blau-Weiß-Wähler, die zum Likud wechselten. Letzteren blieb Gantz zu vage. Gleichzeitig ging Gantz ob Netanjahus Angriffen auf seine Person immer mehr in die Defensive. In einem Wahlkampf, in dem letztlich entscheidend auf die Spitzenkandidaten ankam, half ihm somit nicht einmal der drohende Prozess gegen Netanyahu.

Herausforderer Gantz bot den Israelis offenbar keine echte Alternative.

kud wechselten. Letzteren blieb Gantz zu vage. Gleichzeitig ging Gantz ob Netanjahus Angriffen auf seine Person immer mehr in die Defensive. In einem Wahlkampf, in dem letztlich entscheidend auf die Spitzenkandidaten ankam, half ihm somit nicht einmal der drohende Prozess gegen Netanyahu.

Doch auch wenn dieser nun von einem „Riesensieg“ spricht, und seine Likud-Partei das stärkste Ergebnis seit 2003 einholte – die politische Zukunft Israels bleibt ungewiss. Der Likud und seine streng-religiösen Partner konnten nur 58 der 120 Sitze in Israels Parlament gutmachen. Für eine Mehrheit braucht Netanyahu mehr als 60 Sitze. Seit der Auszählung versucht er deswegen Politiker aus dem blau-weißen Bündnis auf seine Seite zu ziehen, von denen einige bereits früher beim Likud aktiv waren.

Präsident Reuven Rivlin, der am Wahltag seine tiefe Scham über „einen schmutzigen Wahlkampf“ aussprach, muss nun entscheiden, wen er mit der Regierungsbildung beauftragt. Üblicherweise erhält der Kandidat der Partei mit den meisten Stimmen den Auftrag. Doch darf der angeklagte Netanyahu überhaupt beauftragt werden? Generalstaatsanwalt und Oberstes Gericht haben sich noch nicht abschließend dazu geäußert. Der Prozess beginnt jedoch bereits am 17. März, also einen Tag nach der ersten Sitzung der neuen Knesset. Es ist zu erwarten, dass Netanyahu mit allen Mitteln dafür kämpfen wird, dass Urteil hinausgezögert. Seine Kritiker vermuten, dass

Ohne eigene Mehrheit bleibt Netanjahu nur eine Koalition mit Blau-Weiß.

er – sollte er eine Regierung bilden können – sofort einen langgehegten Plan umsetzen werde, dem Obersten Gericht die Macht zu beschneiden. Damit könnte er sich nicht nur Immunität verschaffen – es würde das Ende der demokratischen Gewaltenteilung bedeuten.

Ohne Mehrheit bleibt ihm jedoch nur die Koalition mit Blau-Weiß. Oder wie Netanjahu es nun angesichts der Corona-Krise nennt: eine „Notfall-Einheit“. Der bisher als Königsmacher gehandelte Avigdor Lieberman von der ultranationalistischen Partei Unser Haus Israel hat sich wiederholt gegen Netanjahus religiöses Gefolge ausgesprochen. Auch Gantz wollte bislang in keine Regierung mit dem angeklagten Premier eintreten. Er mag jedoch zurückrudern: Immerhin könnte eine große Koalition verhindern, dass Netanyahu die Judikative aushebelt.

Bei den Franzosen ist die Rentenreform unbeliebt: 60 Prozent sind dafür, dass sie zurückgezogen wird. Im Dezember und Januar gingen auf Initiative der Gewerkschaften Hunderttausende gegen das Projekt auf die Straße. In Paris war der Nahverkehr gestört, im Land fuhren kaum Züge; Zugführer profitieren besonders von den noch geltenden Sonderregelungen, da sie bisher schon ab 52 in Rente gehen konnten. Die Streikbewegung ist inzwischen allerdings abgeflaut. An den Demonstrationen Anfang März nahmen nur noch einige tausend Menschen teil. **Christine Longin** ||

sieben Knesset-Sitzen verschwunden, doch in einem Punkt gingen Netanjahus Wahlkampf-Parolen nach hinten los. Eine große Zahl der rund 1,8 Millionen arabischen Israelis, und außerdem so viele Juden wie nie, wählten die Vereinte Arabische Liste. Trumps Peace-Plan, der nicht nur eine Annektierung im Westjordanland vorsieht, sondern auch einen unfreiwilligen „Transfer“ von 300.000 arabischen Israelis, befeuert ihre Wahlentscheidung.

Arabische Opposition Damit erreichte die Vereinte Liste 15 Sitze und ist somit drittstärkste Fraktion. Wenn Netanyahu es schafft, eine Regierung zu bilden, stünde mit Ayman Odeh erstmals ein arabischer Israeli der Opposition vor. Damit bekäme er Einsicht in Militär und Geheimdienst – und die Minderheit eine Plattform. „Dies ist der Beginn des Aufstiegs einer echten Linken“, sagte Odeh. Zweifelhaft bleibt allerdings, ob eine arabische Opposition oder der Protest einzelner EU-Staaten etwas gegen Netanjahus Pläne im Westjordanland ausrichten können. Trumps „Peace-Plan“ legitimiert 120 israelische Siedlungen, sichert Israel den Status quo – und dürfte die Wut der Palästinenser schüren. **Agnese Fazekas** ||

Die Autorin ist freie Korrespondentin für Israel und Palästina. **job** ||

Rentenreform per Dekret

FRANKREICH Regierung bringt umstrittenes Prestigeprojekt des Präsidenten am Parlament vorbei auf den Weg

Dass der Frankreichs Regierungschef an einem Samstagnachmittag in der Nationalversammlung spricht, ist selten. Als Edouard Philippe am 29. Februar ans Rednerpult des Palais Bourbon trat, war deshalb klar, dass er etwas Wichtiges anzukündigen hatte. „Ich habe beschlossen, die Verantwortung der Regierung für den Gesetzentwurf zu übernehmen, der ein universelles Rentensystem einführt“, sagte der 49-Jährige. Er setzte Artikel 49.3 der Verfassung in Kraft, der es der Regierung erlaubt, ein Gesetz per Dekret am Parlament vorbei zu verabschieden. Die zehn Tage zuvor begonnene Parlamentsdebatte über die umstrittene Rentenreform war damit beendet.

41.000 Änderungsanträge hatte die Nationalversammlung ursprünglich zu diskutieren, die meisten davon von der Linkspartei La France Insoumise (LFI). Nach 115 Stunden, in denen die Abgeordneten auch abends und am Wochenende getagelt hatten, waren nur sieben der 65 Artikel angenommen worden. „Ich glaube nicht, dass diese Art zu debattieren dem demokratischen Parlamentarismus zur Ehre gereicht“, begründete Philippe seine Entscheidung. Die Opposition warf der Regierung autoritäres Verhalten vor. „Sie werden zum Gespött der zivilisierten demokratischen Welt“, kritisierte LFI-Chef Jean-Luc Mélenchon. LFI brachte zusammen mit den Kommunisten und den Sozialisten einen

Misstrauensantrag gegen die Regierung ein, der aber nur 91 Stimmen in der 577 Abgeordnete starken Nationalversammlung bekam. Auch ein zweiter Misstrauensantrag der konservativen Republikaner scheiterte. Fraktionschef Damien Abad präsentierte ein eigenes Reformprojekt, das unter anderem die Anhebung des Renteneintrittsalters von derzeit 62 auf 65 Jahre vorsieht. Die Reform von Präsident Emmanuel Macron, die zu seinen Wahlkampfversprechen gehörte, soll die derzeit 42 Sonderregelungen bei der Rente abschaffen und ein einheitliches System einführen, für das allerdings bereits ein paar Ausnahmen formuliert wurden. Für die künftige Berechnung nach Punkten soll das ganze Berufsleben herangezogen werden und nicht wie bisher die letzten sechs Monate für Beamte und die besten 25 Beitragsjahre für die Beschäftigten der Privatwirtschaft. Zur Finanzierung des milliardenschweren Lochs in den Rentenkassen setzte die Regierung eine Kommission ein, der auch die gemäßigten Gewerkschaften angehören. Radikale Gewerkschaften wie die CGT verließen den Verhandlungstisch. Die Kommission soll bis Ende April Finanzierungsvorschläge vorlegen. Falls nicht, will die Regierung das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre erhöhen.

STICHWORT

Streiks und Proteste

> **Gesetzentwurf** Präsident Emmanuel Macron will 42 Einzelsysteme zu einem einheitlichen neuen Rentensystem zusammenfügen und ein Milliardendefizit in den Rentenkassen abbauen.

> **Proteste** Weil mit dem neuen Modell unter anderem Frührenten für Bahnangestellte und andere Berufsgruppen wegfallen sollen, kam es landesweit zu heftigsten Streiks und Protesten in Frankreich. Teilweise lag der Nah- und Fernverkehr komplett still.

Nach der Nationalversammlung befasst sich zunächst der Senat mit dem Projekt; dessen Präsident Gérard Larcher kritisierte schon vorab die vielen Grauzonen, die der Entwurf noch aufweise. So sei unter anderem nicht geklärt, wie die Rentenpunkte berechnet werden sollen. Die Nationalversammlung soll die Reform nach dem Zeitplan der Regierung noch vor der Sommerpause verabschieden. Die Opposition kündigte allerdings schon neue Änderungsanträge an – gut möglich, dass der Premierminister dann wieder auf Artikel 49.3 zurückgreift. Die sozialistische Vorgängerregierung unter Manuel Valls hatte diesen Verfassungstrick mehrmals an-

gewandt, unter anderem 2016 zur Verabschiedung der Arbeitsmarktreform. Valls wollte damals verhindern, dass Abweichler in den eigenen Reihen das Projekt kippen. Auch Philippe erfährt Widerstand aus der Regierungspartei: Nach seiner Entscheidung, Artikel 49.3 umzusetzen, verließen drei Mitglieder von Macrons La République en Marche (LREM) die Fraktion. Bei den Franzosen ist die Rentenreform unbeliebt: 60 Prozent sind dafür, dass sie zurückgezogen wird. Im Dezember und Januar gingen auf Initiative der Gewerkschaften Hunderttausende gegen das Projekt auf die Straße. In Paris war der Nahverkehr gestört, im Land fuhren kaum Züge; Zugführer profitieren besonders von den noch geltenden Sonderregelungen, da sie bisher schon ab 52 in Rente gehen konnten. Die Streikbewegung ist inzwischen allerdings abgeflaut. An den Demonstrationen Anfang März nahmen nur noch einige tausend Menschen teil. **Christine Longin** ||

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832,

via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

oder online unter:

www.das-parlament.de/aboservice





Klare Ansage: Binnenmarktkommissar Thierry Breton will die Europäische Union fit für den digitalen Wettbewerb machen.

© picture-alliance/Xinhua News Agency

Der Kampf um die Daten

INDUSTRIE Die EU-Kommission hat eine Digitalstrategie vorgelegt. Viele Details bleiben vage

Wird Europa zu einer „digitalen Kolonie“ der USA oder Chinas? Davon hat der Europaabgeordnete Axel Voss gewarnt. Amazon, Apple und Alibaba seien im Begriff, übermächtige Player im Internet zu werden und die europäische Wirtschaft zu dominieren, so der CDU-Politiker. Die EU-Kommission hat das Problem erkannt. Sie steuert nun mit einer „Digitalstrategie“ gegen. Anders als noch zu Zeiten des (mittlerweile ausgeschiedenen) deutschen Internet-Kommissars Günther Oettinger geht es jedoch nicht mehr darum, ein „europäisches Google“ zu schaffen. Die neue dänische Digitalkommissarin Margrethe Vestager und ihr französischer Kollege Thierry Breton, der für den Binnenmarkt zuständig ist, wählen einen neuen Ansatz. Sie stellen die digitalen Daten in den Mittelpunkt ihrer Strategie, die im Februar in Brüssel vorgestellt wurde.

Systematische Sammlung Nachdem die EU den Schutz der persönlichen Daten gesichert hat – mit der Datenschutzgrundverordnung, die sich zu einem Standard entwickelt hat – nimmt sie sich nun die nicht personenbezogenen Daten vor. Sie sollen systematisch gesammelt, analysiert und genutzt werden, etwa für Anwendungen der „Künstlichen Intelligenz“ (KI).

Europa habe „die erste Schlacht“ um die persönlichen Daten verloren, sagte Breton bei der Vorstellung der EU-Strategie in Brüssel. Die nächste, entscheidende „Schlacht um die industriellen Daten“ habe aber gerade erst begonnen. Europa werde dabei „das wichtigste Schlachtfeld“ sein, warnt der ehemalige Atos-Manager. Das klingt martialisch, und genauso ist es auch gemeint. Denn nach Ansicht von Breton und seinen Experten ist die europäische Industrie dringend auf einen „Binnenmarkt für Daten“ angewiesen, um im internationalen Wettbewerb zu überleben. Denn ohne Daten geht in der Wirtschaft nichts mehr – weder im Verkehr noch bei Energie oder Medizin. Diesen Binnenmarkt für Bits und Bytes will die EU in den nächsten Jahren schaffen. Doch das wird nicht einfach. Denn bisher liegt der digitale Rohstoff schwer zugänglich in privaten und öffentlichen Speichern, noch dazu meist in Servern und Clouds weit außerhalb der EU. Bevor er kommerziell ausbeutet werden kann, muss man den Datenschutz heben und zurück nach Europa bringen. Die dafür nötigen Standards, Regeln und Gesetze hat die EU-Kommission noch

nicht vorgelegt. Sie will zunächst das Ergebnis einer Konsultation abwarten, die noch bis Ende Mai dauert. Doch die Konturen des europäischen Daten-Markts zeichnen sich bereits in Grundrissen ab. Auch das deutsche Projekt „Gaia-X“ spielt dabei eine Rolle. Zunächst will die EU-Kommission analysieren, wo die kommerziell nutzbaren Daten liegen – in öffentlichen Verwaltungen, bei großen Konzernen, aber auch bei innovativen Start-ups. Danach will sie neuartige „Datenräume“ schaffen, die gemeinsam genutzt werden können. Darauf soll dann der neue Binnenmarkt aufbauen. Bis es so weit ist, sind aber noch viele Hürden zu überwinden. So dürften nicht alle Unternehmen ihre Daten freiwillig herausgeben; neben dem Datenschutz gibt es wettbewerbsrechtliche Bedenken. Damit will sich Vestager beschäftigen, die auch für den Wettbewerb zuständig ist. Sie will sich die dominierenden Konzerne genau ansehen und prüfen, ob das Wettbewerbsrecht angepasst werden muss. Auch der Datenschutz der Behörden lässt sich nicht ohne weiteres heben. Dies zeigt sich in Deutschland. Das größte EU-Land hinkt nicht nur bei der Digitalisie-

rung der Verwaltung hinterher. Hierzulande gibt es auch Widerstand gegen eine Zusammenlegung von Daten, wie der Streit um die elektronische Patientenakte zeigt. Doch selbst wenn alle Bedenken ausgeräumt wären und die Daten europaweit zur Verfügung stünden, müssten sie auch noch zusammengeführt werden. Die dafür gedachten „Datenräume“ und Speicher müssen erst noch geschaffen werden. Auch eine große europäische Cloud fehlt noch. Hier geht es um die digitale Infrastruktur – und viel Geld. Rund zwei Milliarden Euro will die EU-Kommission in die Technik investieren. Damit sollen auch kleine Cloud-Speicher „Made in EU“ miteinander verknüpft werden. Nationale Initiativen wie das deutsche Projekt „Gaia-X“ seien willkommen, heißt es in Brüssel. Allerdings ist noch unklar, wie es in einem gemeinsamen „Datenraum“ aufgehen kann. Die Pläne der EU-Kommission sind dazu noch sehr vage. Zunächst müsse man gemeinsame Standards setzen, heißt es in der Brüsseler Behörde. Es gehe darum, auf den Stärken der kleinen europäischen Cloud-Anbieter aufzubauen und für eine „strategische Autonomie“ zu sorgen. Geplant sind Datenräume für die industrielle Fertigung, aber auch für den Green Deal, für Transport, Energie und Verwaltung. Die ersten Reaktionen fallen überwiegend positiv aus. „Wir brauchen wirklich europäische Strukturen, bei Cloud-Speichern

oder auch beim Quantencomputing“, sagt der CDU-Digitalpolitiker Voss. Zustimmung kommt auch von der SPD: „Bei der Datenpolitik hat die Kommission einen klar sozialdemokratischen Weg eingeschlagen“, freut sich der Digitalexperte Tiemo Wölken. Das Teilen von nicht-personenbezogenen Daten werde nicht nur die Datenwirtschaft in Europa ankurbeln, so Wölken. Es helfe auch, gegen die Monopolstellung von IT-Riesen vorzugehen und die digitale Souveränität Europas zu sichern. „Diese Daten sind ein öffentliches Gut und können nicht von wenigen Privatunternehmen gehortet werden.“ Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nannte die Initiative „ein wichtiges Signal“. Daten seien „der Schlüssel für eine gelingende Digitalisierung der europäischen Wirtschaft und unserer Unternehmen“, erklärte Altmaier. Bei der Künstlichen Intelligenz hätten Frankreich und Deutschland bereits eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Weg gebracht. Auch bei „Gaia-X“ wollen Berlin und Paris eng zusammenarbeiten. In einem gemeinsamen Positionspapier fordern beide Regierungen einen „Schutz gegen nicht-europäische extraterritoriale Regulierungen“. Es klingt wie eine Kampfansage an die USA und ihre Internet-Giganten. **Eric Bonse**

Der Autor ist freier Korrespondent in Brüssel.

Die Ankündigung klingt martialisch, und genauso ist es auch gemeint.

Digitalisierung der Ausbildung

BERUFLICHE BILDUNG Mit der Digitalisierung der Ausbildung im Handwerk und der Industrie hat sich die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ vergangene Woche in einem Fachgespräch befasst. Dazu hatte die Kommission den kaufmännischen Leiter und Prokuristen der Firma Frisch & Faust Tiefbau in Berlin, Dieter Mießen, eingeladen. Die These, dass es durch die Digitalisierung zukünftig weniger Auszubildende in der Baubranche geben werde, könne er nicht bestätigen, sagte er. Das mittelständische Tiefbau-Unternehmen beschäftigt 40 Auszubildende in acht Berufen. Damit sei es eine Besonderheit in der Ausbildungslandschaft der Branche. Man habe bereits vor über zehn Jahren ein Unterstützungs-Netzwerk aufgebaut, um sich bei der Auszubildenden-Suche möglichst breit aufzustellen, berichtete Mießen. Seit einigen Jahren werden auch weibliche Auszubildende eingestellt und gezielt junge Geflüchtete und Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen. Dazu gebe es im Unternehmen spezielle Unterstützung, etwa durch Sprach- und Lern-Apps. Auf www.zukunftsdialog-ausbildung.de startete vergangene Woche auch die Dialogplattform „Ausbildung für die digitale Zukunft“. Dort können junge Menschen noch bis zum 3. April 2020 Fragen stellen und Meinungen austauschen, die die Enquete-Kommission bei der Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen für ihren Bericht unterstützen sollen. **lbr**

Normen auf dem Prüfstand

BAU Auf einen Impuls der AfD-Fraktion hin hat der Bundestag am Freitag über Bauvorschriften diskutiert. Die Anträge „Aussetzung der Energieeinsparverordnung und Verzicht auf Vorlage eines Entwurfs für ein mögliches Gebäudeenergiegesetz“ (19/17523) sowie „Baurecht endlich deregulieren – Initiative des Bundes zur Reduzierung von Bauvorschriften und Baukosten“ (19/17524) wurden im Anschluss an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen. Die AfD erklärte, damit würden Schritte aufgezeigt, die Krise auf dem Wohnungsmarkt zu lösen. Sowohl Regierungsvertreter als auch Opposition verwarfen die Anträge als zum Teil inhaltlich falsch und substanzlos. So erklärte Michael Kießling (CSU), sie bedeuteten vor allem „AfD – Ahnungslosigkeit für Deutschland“. Sie enthielten fehlerhafte Begriffe und Widersprüche. Bernhard Daldrup (SPD) verteidigte das geplante Gebäudeenergiegesetz, es vereinfache viele Vorgaben. Keiner käme auf die absurde Idee, Normen einfach abzuschaffen. Martin Neumann (FDP) erklärte, ein Aussetzen der EneV wäre schon deswegen nicht sinnvoll, weil es für Unternehmen und Handwerk das Gegenteil von Planungssicherheit bedeuten würde. Caren Lay (Die Linke) sagte, steigende Baukosten seien auf explodierende Bodenpreise zurückzuführen, während Julia Verlinden (Grüne) auf Vorschläge des Wirtschaftsministeriums zum Schließen der Lücke zwischen Klimaziel und Ist-Zustand im Gebäudebereich wartet. **pez**

Zu wenig Frauen, zu wenig Fachkräfte

ENQUETE-KOMMISSION Niedriger Frauenanteil im KI-Bereich

Gerade mal 16 Prozent der Fachkräfte im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) in Deutschland sind Frauen. Nur in Brasilien mit 14 und Mexiko mit 15 Prozent sieht es nach Zahlen des „The Global Gender Gap Reports 2018“ des Weltwirtschaftsforums schlechter aus. Weltweit sind es den Zahlen zufolge, die auf einer Auswertung des Berufsnetzwerks LinkedIn beruhen, 22 Prozent. KI, einer der Zukunftstechnologien schlechthin, scheint fest in Männerhand. Das trifft auch auf den ganzen IT-Bereich zu, wie Susanne Dehmel vergangene Woche in einer Anhörung der Enquete-Kommission unter dem Titel „KI und Frauen/Fachkräftemangel“ mit Verweis auf den Report deutlich machte. Dehmel gehört der Kommission als Sachverständiges Mitglied an und ist Teil der Geschäftsleitung des IT-Brancheverbands Bitkom. Einer Studie des Verbandes zufolge sind 17 Prozent der IT-Fachkräfte weiblich, nur jede siebte Bewerbung auf eine freie Stelle kommt von einer Frau, der Frauenanteil im Informatiker-Erststudium lag 2017 bei 28,9 Prozent, unter den Absolventen waren es 19 Prozent.

Weiterbildung wichtig Dehmel betonte in der Anhörung daher auch: „Es gibt noch ein hohes Potential, das es zu heben gilt.“

Denn die IT-Branche leide unter einem erheblichen Fachkräftemangel: Ende 2019 gab es – ebenfalls laut Bitkom – 124.000 unbesetzte Stellen für IT-Experten im Land. KI-Projekte könnten nicht umgesetzt werden, weil das Personal fehle. „Es gibt einen harten Wettbewerb um die klügsten Köpfe“, konstatierte die Branchen-Expertin. Von den Hochschulen komme zu wenig Nachwuchs. Dafür braucht es laut Dehmel Weiterbildung sowie Fachkräfte aus dem Ausland. Auch der Einsatz von frei arbeitenden IT-Experten in Unternehmen solle erleichtert werden. Für die Förderung von Frauen setzt Dehmel auf altbekannte Forderungen: Weibliche Vorbilder stärker in die Öffentlichkeit rücken, Studentinnen-Anteil in den MINT-Fächern erhöhen, Mentoring und Vernetzung fördern (siehe Interview), flexiblere Arbeitsmodelle und gezielte Förderprogramme in den Unternehmen. Aus der Perspektive ebendieser Unternehmen berichtet in der Anhörung Andrea Eckstein, Head of Airbus Digital Academy. Eckstein umriss, wie das Unternehmen durch interne Weiterbildung im Unternehmen Data Scientists ausbildet. Mit dem Einsatz von KI verbinde das Unternehmen die Hoffnung, dass die Technologie Mitarbeiter nicht ersetze, sondern „mehr Zeit für wertschöpfende Tätigkeit“ schaffen könne. Julia Kloiber vom feministischen Think-tank „Superr Lab“ thematisierte das Un-

gleichgewicht im KI-Bereich in einem größeren Kontext und verwies auf einen „Gender-Data-Gap“, der bestehende Ungleichheiten verstärke. Wichtig sei, auch in den technischen Studiengängen ein Bewusstsein für diese Ungleichgewichte zu schaffen. Kloiber betonte zudem die Rolle, die die Zivilgesellschaft einnehmen könnte. Dazu schlug Kloiber spezielle Förderprogramme vor. Grundsätzlich benötige es „mehr Vielfalt und Diversität“, unterstrich die Sachverständige. **Schlecht in Mathe** Ob die Grundlage für die Fachkräfteausbildung an den Universitäten überhaupt gegeben ist, stellte Boris Hollas in Frage: „Um KI in der Tiefe zu verstehen, muss man auch die Mathematik verstehen.“ Es gebe aber bei Studienanfängern ein „gravierendes Problem mit der Studierfähigkeit und insbesondere mit den Mathematikkenntnissen“, sagte das Sachverständige Mitglied der Kommission und Lehrstuhlinhaber für Künstliche Intelligenz und Theoretische Informatik an der HTW Dresden. Die Erstsemester erfüllten zu großen Teilen nicht die notwendigen Anforderungen, sagte Hollas unter Berufung auf Studien. „So sehen auch meine Prüfungen im ersten Semester aus.“ Vor 20 Jahren sei dies noch nicht so gewesen. Hollas forderte unter anderem, die Bildungsstandards der Gymnasien an den Bedürfnissen der Hochschulen auszurichten. Zudem müsse die berufliche Bildung gestärkt werden. Für viele Aufgaben im KI-Bereich bedürfe es kein Studium, sagte Hollas. **scr**

FÜNF FRAGEN ZU: FRAUEN IN DER IT-BRANCHE



Nakeema Stefflbauer, Gründerin der Berliner Organisation FrauenLoop

Frau Stefflbauer, wie würden Sie den Status quo in der IT-Branche beschreiben? Gerade einmal 15 Prozent der Bewerber auf Stellen für IT-Spezialisten sind weiblich. Es geht also für Frauen sehr viel darum, zu verstehen, wie der Digital-Sektor funktioniert, und Fähigkeiten und Strategien zu haben, um mitsprechen zu können. Wer wenig Vorerfahrung oder Kontakte in die Branche hat, ist oftmals eingeschüchtert und hat es schwer, den ersten Schritt zu wagen.

»Es geht viel darum, wer gefördert und unterstützt wird – und wer nicht.«

Teilhabe ist oft eine Frage des Zugangs. Sehen Sie eine Ungleichbehandlung auf dem Weg in die Branche? Die fehlenden weiblichen Vorbilder, auch in der öffentlichen Diskussion, sind einer der Gründe. Die Studiengänge an den Universitäten sind immer noch sehr männerlastig und theoretisch. Es geht viel darum, wer gefördert und unterstützt wird – und wer nicht. Frauen, die den Abschluss schaffen, berichten mir davon, dass sie danach vor Abteilungen voller Männer stehen, in

denen es oftmals ein großes Interesse daran gibt, die Autorität einer Kollegin zu untergraben und Leistungen zu mindern. **2016 haben Sie in Berlin die Organisation „FrauenLoop“ gegründet, die Programmierkurse für Frauen anbietet. Wie kam es dazu?** Genau drei Jahre, nachdem ich aus den USA nach Deutschland gekommen war, wollte ich einen eigenen Beitrag leisten, die Diversität im IT-Sektor auszubauen. In den meisten anderen Initiativen lernen Frauen von Männern, das wollte ich bei FrauenLoop nicht. Wir haben bei unseren Mentoren eine mindestens 80-Prozent-Frauen-Policy, durch die eine andere Atmosphäre mit weniger Konkurrenzdenken entsteht. Die Idee ist es, Frauen aus allen kulturellen und gesellschaftlichen Hintergründen anzusprechen, die bei der Jobsuche im IT-Bereich auf Widerstände stoßen. **Wie funktioniert das in der Praxis?** Wir bieten drei Mal im Jahr

zwölf Wochen dauernde Kurse an, die aufeinander aufbauen. Durch „Learning by Doing“ mit den Mentoren, die selbst alle Entwickler sind, lernen die Teilnehmerinnen Software- und Web-Entwicklung, Datenanalyse, manuelle und automatische Prüfung, Qualitätssicherung und maschinelles Lernen und die unterschiedlichen Programmiersprachen kennen. Sie starten eigene Projekte und lernen, wie Digital-first-Unternehmen funktionieren. **Was ist Ihre Hoffnung für die Zukunft?** Meine Hoffnung ist, dass Tech-Manager und Führungspersonen den Wert verstehen, den diverse Teams und Hintergründe von Mitarbeitern schaffen. Es ist unglaublich wichtig, dass die technische Zukunft, die wir gerade aufbauen, die Perspektiven und Erfahrungen von mehr Menschen als nur jungen, weißen Männern beinhaltet – das gilt insbesondere für Anwendungen der Künstlichen Intelligenz. **Das Gespräch führte Lisa Brübler.**



Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Betroffenheit reicht nicht mehr, Hanau fordert Aufrichtigkeit



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist die erste Sitzungswoche nach dem furchtbaren Anschlag von Hanau. Seitdem hat in unserer von immer schneller aufeinanderfolgenden Erregungswellen getriebenen Öffentlichkeit eine Aufregung die andere überlagert: die weltweite Ausbreitung des Coronavirus, die bedrückenden Bilder von der griechisch-türkischen Grenze – Herausforderungen, die uns die Verletzlichkeit der uns vertrauten Welt spüren lassen und die neben Besonnenheit entschlossenes politisches Handeln fordern.

Auch 14 Tage nach den rassistisch motivierten, von Hass auf Muslime getriebenen Morden ist das Entsetzen greifbar. Und es braucht gerade in dieser schnelllebigen Zeit Momente, um innezuhalten, um uns selbst zu befragen, was das alles mit uns macht, um zu gedenken. Dazu begrüße ich auf der Ehrentribüne unseren Bundespräsidenten.

Wir trauern um Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtovic, Vili Viorel Paun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Wir gedenken der Mutter des Attentäters, getötet vom eigenen Sohn.

Eine Frau und acht Männer wurden gezielt ermordet, weil die Wurzeln ihrer Familien außerhalb Deutschlands liegen: Menschen verschiedener Nationalität, darunter deutsche Staatsangehörige, hier Geborene, Menschen, die in diesem unserem Land ihr Zuhause, ihre Heimat hatten. Wir fühlen

mit den Hinterbliebenen, und wir versichern ihnen unseren Beistand. Wir wünschen den Verletzten schnelle Genesung, auch wenn wir wissen: Die seelischen Verletzungen werden bleiben.

Betroffenheit reicht längst nicht mehr. Hanau fordert vor allem: Aufrichtigkeit – Aufrichtigkeit vom Staat, der sich eingestehen muss, die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben. Die lange Spur mörderischer Übergriffe, die Einzeltäter und Gruppen durch Deutschland ziehen, zeigt: Das ist Terrorismus. Die entschiedene Antwort darauf muss sein, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln radikale Netzwerke aufzudecken und rechtsextremistische Vereinigungen zu zerschlagen. Das geht nur, wenn wir endlich besser werden bei der konsequenten Durchsetzung des Rechts.

Hanau fordert auch aufrichtige Selbstkritik der Politik. Solche Wahnsinnstaten geschehen nicht im luftleeren Raum. Sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwegigste Verschwörungstheorien geschürt werden – bis Minderheiten als Bedrohung empfunden und in sozialen Medien Hetzjagden oder sogar Morde von perversen Beifallsbekundungen begleitet werden. Es braucht deshalb wirksame Maßnahmen gegen diese unerträgliche Verrohung, nicht zuletzt im Netz.

Gewählte Repräsentanten stehen in der besonderen Verantwortung, sich von extremistischen und rassistischen Ausfällen nicht nur verbal zu distanzieren, sondern deren Urheber konsequent dort zu verorten, wo sie stehen: jenseits jedes bürgerlichen Anstands und außerhalb unserer demokratischen Ordnung.

Hass und Hetze sind keine politische Haltung. Wir sind im Übrigen nur dann aufrichtig, wenn wir denen danken, die in den vergangenen zwei Wochen zu Tausenden in Hanau, in Berlin, in anderen Städten ihre Trauer öffentlich bekundeten, und wenn wir gleichzeitig den Stimmen zuhören, die unbequeme Fragen stellen – so

wie der Schriftsteller Deniz Utlu, der in der Bahn, in der er nach den Ereignissen von Hanau fuhr, keinen Unterschied zu anderen Tagen bemerkt hat und der deshalb jeden Einzelnen auffordert, sich zu fragen – ich zitiere ihn –:

„Was geschah im Herzen, als die Nachricht aus Hanau kam? Gar nichts? Etwas? Was genau? Gleichgültigkeit? Angst? Angst wovor? Wut? Wut worauf? Wer hat Empathie gespürt für die Getöteten und ihre Hinterbliebenen? ... Wer hat einfach nichts mitbekommen? Hat man im Büro darüber gesprochen, oder war es ein Arbeitstag wie jeder andere auch? ... Jeder kann sich befragen, was die Ermordung dieser Menschen mit ihm oder ihr gemacht hat. Und wenn es nichts macht, wenn diese Gesellschaft zu keiner ehrlichen Trauer fähig ist, dann können wir fragen, weshalb das so ist und nach unserer Menschlichkeit suchen.“

Ende des Zitats. – Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, in schmerzhafter Konsequenz weitergedacht: Was wäre eigentlich passiert, wenn es sich in Hanau nicht um einen Mordanschlag auf Muslime, sondern um ein islamistisches Attentat gehandelt hätte? Hanau fordert Aufrichtigkeit von uns als Gesellschaft – indem wir uns eingestehen, dass wir bei der Integration noch lange nicht da sind, wo wir sein sollten. Einer Integration, die von allen etwas abverlangt, wenn sie gelingen soll, und bei der wir auch ehrlich sein müssen, was wir an Integration einfordern und wie viel unsere Gesellschaft an Verschiedenheit erträgt – zumal unter den Bedingungen einer Welt im rasanten Wandel. Bei der wir Fremdheitsgefühle angesichts tiefgreifender Veränderungen der gewohnten Umwelt ernst nehmen sollten, wenn wir auch die Menschen wirklich erreichen wollen, die Vielfalt mit Skepsis begegnen.

Wer sich angesichts eines als überfordernd empfundenen ge-

sellschaftlichen Wandels auf der Verliererseite wähnt, ist deshalb noch kein Rassist. Wir dürfen diese Fähigkeit, zu differenzieren, nicht aufgeben, wenn wir uns dem gesellschaftlichen Resonanzraum zuwenden, in dem sich Fremdheitsgefühle erst radikalisieren.

Ich bin überzeugt: Die Zukunft unserer offenen Gesellschaft wird sich daran entscheiden, ob es uns gelingt, Verschiedenheit zu akzeptieren, die Vielfalt an Lebensstilen anzuerkennen und die eigenen Vorstellungen nicht zum Maß aller Dinge zu erklären. In unserer von Mobilität und Globalisierung geprägten Welt ist das der gedankliche Schlüssel, um eine wirklich menschliche Gesellschaft zu schaffen und die Errungenschaften der freiheitlichen Demokratie zu wahren. Aber davon müssen wir die Menschen überzeugen – sonst treiben wir sie in die Arme derer, die mit Gefühlen ihr böses Spiel treiben.

Der gesellschaftlichen Vielfalt und der Bandbreite an legitimen Gefühlen werden wir jedenfalls nicht gerecht, wenn wir Menschen allzu leichtfertig abstempeln – als rechts oder links, als fremd oder rassistisch, als idealistisch oder naiv. Es geht vielmehr darum, genau dort die Grenze zu ziehen, wo der Kern unserer Ordnung

verletzt wird: bei der Würde und den Rechten jedes Individuums. Sie zu schützen, ist Aufgabe des Staates. Sie anzuerkennen, ist die Verpflichtung jedes Einzelnen von uns. Nichts rechtfertigt, Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihres Glaubens herabzusetzen, zu verunglimpfen, zu verfolgen, anzugreifen. Nichts! Verachtung für den anderen, Hass auf das Fremde: Wir dürfen das nicht dulden – und Straftaten, die daraus resultieren, sind durch nichts zu relativieren oder zu entschuldigen.

Dass sich Menschen in Deutschland nicht mehr sicher fühlen, ist ein unhaltbarer Zustand. Es kann in der offenen Gesellschaft keinen hundertprozentigen Schutz geben. Darauf hinzuweisen, gehört zur notwendigen Ehrlichkeit, um falschen Erwartungen vorzubauen. Aber für die innere Stabilität einer Ordnung, der sich Menschen anvertrauen, ist entscheidend, dass diese Ordnung es vermag, das

menschliche Bedürfnis nach Sicherheit zu stillen. Die Menschen haben nur dann Vertrauen, wenn der Staat seiner Verpflichtung gerecht wird, allen den größtmöglichen Schutz zu gewähren, und wenn er damit ein Grundgefühl von Sicherheit vermittelt: denen, die sich – noch immer oder erneut – gesellschaftlich ausgegrenzt sehen, und auch denen, die durch ein empfundenes Zuviel an Veränderungen meinen, an Halt zu verlieren.

Die letzten Wochen und Tage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zeigen wie unter einem Brennglas die Herausforderungen unserer globalisierten Welt: Herausforderungen, die sich uns gleichzeitig stellen, die sich überlagern und deren Verbindung, wenn wir an das Coronavirus und die Ereignisse an der griechischen Grenze denken, auf die öffentliche Auseinandersetzung toxisch wirken kann – mit gefährlich hohem Missbrauchspotenzial. Das unterstreicht noch einmal unsere Verantwortung als gewählte Repräsentanten. Verunsicherungen und gesellschaftliche Konflikte dürfen wir nicht beschweigen, aber wie wir darüber politisch diskutieren, um Wege für ein menschliches Miteinander zu finden, das bestimmt mit darüber, rassistischen Taten wie in Hanau vorzubeugen, indem wir ihnen den Nährboden entziehen, auf dem sie wachsen. Und wenn uns das nicht gelingt, machen wir uns mitschuldig. Es braucht Aufrichtigkeit, Selbstkritik, entschlossenes Handeln. Das sind wir den Ermordeten von Hanau schuldig. Ihnen zu Ehren und im stillen Gedenken an alle jene, die mit dem Anschlag bleibende Verletzungen an Körper und Seele erfahren haben, bitte ich Sie, bevor wir in die Vereinbarte Debatte eintreten, sich zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Vereinbarte Debatte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hass / 149. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 5. März 2020

Ralph Brinkhaus, CDU:

Hanau war mehr als die Tat eines Einzelnen, eines Verwirrten



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Herr Bundespräsident, es ist ein wichtiges Zeichen, dass Sie heute bei dieser Debatte hier sind, und Herr Bundestagspräsident, vielen Dank für die wirklich wichtigen Worte, die auch uns als Parlament den Spiegel vorgehalten haben.

Denn es ist einfach so, dass wir zu oft betroffen hier sitzen, und es ist so, dass wir auf zu vielen Trauerfeiern sind. Wir stehen vor einer Situation, wo wir uns fragen müssen: Warum ist das so, und warum können wir das nicht verhindern?

Es sind in erster Linie Menschen, die ermordet worden sind. Es waren neun junge Leute, die einfach den Tag ausklingen lassen wollten. Söhne, Brüder, eine zweifache Mutter, ein Familienvater. Sie gingen abends aus dem Haus. Sie trafen sich mit Freunden in einer Bar, waren auf dem Weg, Zigaretten zu holen – und sie kehrten nicht mehr zurück. Sie alle hatten genauso wie die ermordete Mutter des Täters nicht nur einen Namen, sondern auch ein Gesicht. Sie alle fehlen. Und sie werden im Übrigen auch noch fehlen, wenn diese Debatte längst vorbei ist und wir uns anderen Themen zugewandt haben. Wir trauern um sie. Unser tiefes Mitgefühl gilt ganz besonders ihren Familien und Freunden und natürlich auch den Verletzten und Traumatisierten.

Doch neben der Trauer steht für mich auch tiefe Scham. Denn was uns als Politiker nach Hanau, nach Halle, nach so vielen – zu vielen – anderen Orten mindestens genauso erschüttern muss, ist die Tatsache, dass Menschen in diesem Land wieder Angst haben – Angst haben, weil sie einer bestimmten Gruppe angehören, weil sie einen bestimmten Glauben haben und weil sie das Gefühl haben, der Staat kann sie nicht

schützen. Doch genau das ist die Aufgabe dieses Staates: den Einzelnen zu schützen. Denn, meine Damen und Herren, nur wer in Sicherheit lebt, kann auch in Freiheit leben. Der Anschlag von Hanau war daher nicht nur – was schlimm genug ist – ein Anschlag auf wehrlose Menschen. Es war ein Anschlag auf den Kern unseres Staates, auf unsere Sicherheit und damit auf die Freiheit nicht nur derjenigen, die ermordet worden sind, sondern auf die Freiheit von jedem von uns. Damit sind all die Anschläge, die wir in den letzten Jahren betrauert haben, nichts anderes, meine Damen und Herren, als Anschläge auf unsere Demokratie.

Ja, Herr Bundestagspräsident, unsere Demokratie wird bedroht – mehr denn je. Ich bin gewiss niemand, der die Gefahr durch Extremismus auf der linken Seite oder Islamismus unterschätzt; aber der Feind unserer Demokratie steht in diesen Tagen rechts und nirgendwo anders, meine Damen und Herren. Das zeigt eine lange Kette unerträglicher Ereignisse: die Verbrechen des NSU, der Mord an Walter Lübcke, die antisemitischen Anschläge in Halle, die Morde von Hanau und, und, und.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Der Rechtsextremismus hat es eben nicht nur auf einzelne Menschen und auf einzelne Gruppen abgesehen, er hat es auf das freiheitliche Fundament unseres Staates abgesehen, meine Damen und Herren.

Deswegen noch einmal: Hanau war mehr als die Tat eines Einzelnen, eines Verwirrten. Es war im Ergebnis ein Anschlag auf uns alle. Und deswegen müssen auch alle – ich betone: alle – eine Antwort geben, laut und eindeutig: Wir Demokraten stehen zusammen für ein friedliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland. Wir schützen die Rechte aller unserer Mitbürger, egal woher sie kommen oder welche Religion sie ausüben. Wer diese Rechte missachtet oder anderen abspricht, der stellt sich ganz bewusst gegen dieses Land. Wer diese Rechte nicht achtet, stellt sich auch außerhalb unserer Gesellschaft, und er ist in Wahrheit der „andere“, meine Damen und Herren.

Doch reden reicht nicht – da haben Sie recht, Herr Bundestagspräsident; wir haben zu viel geredet, es kommt auf die Taten an. Sicherlich, wir haben einiges gemacht: 600 zusätzliche Stellen beim Bundeskriminalamt und beim Verfassungsschutz; es wurden rechtsextreme Vereine verboten, wir haben das Waffenrecht verschärft. Wir werden in den nächsten Wochen ein Gesetz gegen Hass im Internet verabschieden.

Aber das reicht nicht. Wir müssen mehr tun, wir müssen noch mehr an Zeit und Geld im Kampf gegen diesen Hass investieren. Denn unsere Antwort darauf kann nur heißen: Wir sind ein starker, robuster Staat, der sich wehrt, meine Damen und Herren. Denn Fakt ist: Hass, Hetze und Angriffe auf Personen in unserer Gesellschaft nehmen zu. Und immer – immer! – beginnt es mit der Sprache: Beleidigungen, Schmähungen, Ausgrenzungen sind der erste Schritt in die Verrohung, der erste Schritt, dem anderen das gleichwertige Menschsein abzu-

sprechen. Dabei kann im Übrigen jeder von uns ins Visier geraten: Verbale Angriffe gegen Menschen mit Migrationshintergrund, leider auch zu oft im Sport, gegen Bürgermeister, Gemeinderäte, Polizisten und Rettungskräfte haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Die Frage, die sich in aller Dringlichkeit stellt, ist doch: Wie können wir diese unheilvolle Eskalation stoppen? Aber der Kampf gegen diese Eskalation ist eben nicht nur Aufgabe des Staates. Wir alle, jeder Einzelne, muss dieser Verrohung der Sprache in der analogen und – auch das stimmt – ganz besonders in der digitalen Welt entschieden entgegenreten. Was noch vor Jahren an Hass undenkbar war, ist heute Alltag im Netz, auf unseren Schulhöfen, in unseren Fußballstadien, und – ja, auch das gehört zur Wahrheit dazu – es ist leider auch Alltag hier im Parlament, meine Damen und Herren.

Und um dies gleich zu sagen: Es geht überhaupt nicht darum, dass Probleme nicht benannt werden dürfen; aber es geht um das Wie. Es geht um Respekt und Achtung in der Gesellschaft und in der politischen Auseinandersetzung.

Denn es ist letztlich die Sprache, die am Anfang einer Radikalisierung

steht, einer Radikalisierung, die, wie wir gesehen haben, zu oft in Gewalt und Morden endet.

Meine Damen und Herren, die Morde von Hanau sind furchterlich und haben uns tief erschüttert. Aber ich habe trotzdem Hoffnung, weil ich in den letzten Tagen gesehen habe, wie die Menschen in diesem Land zusammenstehen und wie sie Haltung zeigen, in Hanau, aber auch an vielen, vielen anderen Orten, wie sie aufstehen und laut sagen: Jeder in diesem Land hat Anspruch auf Schutz, Achtung und Respekt, egal woher er kommt und egal was er glaubt.

Ich glaube, es wird kein einfacher Weg werden, die fatalen Entwicklungen der letzten Jahre wieder zurückzudrehen. Aber ich möchte alle in diesem Parlament – und wenn ich alle sage, dann meine ich auch wirklich alle – einladen, dass wir diesen harten Weg gemeinsam gehen. Es ist unsere Aufgabe, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Wir sind die Vertretung des deutschen Volkes. Wir müssen ihn gemeinsam gehen, damit nie wieder in diesem Land ein Bürger auf einer Trauerfeier dem Bundespräsidenten oder der Bundeskanzlerin erklären muss: Ich habe Angst.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben zu viel geredet, es kommt auf die Taten an.

Dr. Roland Hartwig, AfD:

Gesellschaftliche Rückzugsräume von Extremisten schließen



Roland Hartwig (*1954)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir werden heute wieder viel Einigkeit erleben. Es ist doch schön, nicht wahr, wenn man einen gemeinsamen Feind hat und sich auch einig ist, wo man ihn suchen muss: nämlich rechts. Extremismus aber entwickelt

sich an allen Rändern: rechts ebenso wie links. Im Internet tritt er ganz offen in Erscheinung. Er zeigt sich auf der inzwischen verbotenen linksextremen Plattform linksunten.indymedia, auf der regelmäßig zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen wurde, oder auch bei linken Strategietreffen, wo darüber fabuliert wird, ein Prozent der Reichen zu erschießen oder ins Arbeitslager zu schicken.

Er zeigt sich im Rassismus und einem sich hartnäckig haltenden linken Antisemitismus. Extremismus kommt aber niemals nur von einer Seite, meine Damen und Herren, sondern immer von links wie von rechts. Wenn extremistische Tendenzen in einer Gesellschaft erstarken, dann läuft für alle erkennbar etwas grundsätzlich schief. Dann muss sich vor allem die Politik fragen, was sie falsch

gemacht hat. Dann ist es höchste Zeit, die Ursachen für diese Fehlentwicklungen und die Verantwortlichen zu benennen. Aber nichts davon ist in den letzten Jahren geschehen. Ich habe nicht ein einziges Mal einen Politiker aus Ihren Reihen gehört, der ernsthaft ein Nachdenken über die Entwicklung, die unser Land nimmt, eingefordert hat.

Meine Damen und Herren, gehen Sie ins Land hinaus und schauen Sie sich um: Deutschland ist tief gespalten. Zum einen geografisch: Die Kluft zwischen Ost und West wächst weiter. Zum anderen sozial: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weit auseinander. Und drittens erlebt dieses Land eine politisch-moralische Spaltung: in die Guten und die Bösen. Und genau diese Moralisierung des Politischen ist brandge-

fährlich, meine Damen und Herren. Sie selbst haben sie geschaffen, indem Sie den politischen Diskurs auf die moralische Ebene verlagerten – dorthin, wo er Sachargumenten und einer vernunftbasierten Debatte nicht mehr zugänglich ist. Und wer das kritisiert, gehört bereits zu den Bösen und wird ausgegrenzt. Wenn Sie all den Menschen, die Ihre Meinung nicht teilen, ständig den Mund verbieten, wenn Sie diese Leute stigmatisieren und gesellschaftlich isolieren, dann schaffen Sie selbst die Räume der Radikalisierung.

Mit Ihrer Politik haben Sie die Axt an die Meinungsfreiheit und damit an die Lebensader der Demokratie gesetzt. Inzwischen

fürchten 60 Prozent der Deutschen, sich in der Öffentlichkeit nicht mehr zu allen Themen frei äußern zu können. Ihre Politik, meine Damen und Herren, hat ein Klima der Angst geschaffen. Und jetzt kommen wir als AfD und halten Ihnen den Spiegel vor. Was Sie sehen, ist hässlich; das will ich Ihnen gerne glauben. Aber Sie müssen doch selbst einmal drüber nachdenken, was Ihr Vorgehen mit dem gesellschaftlichen Klima zu tun hat, in dem der Mord an Walter Lübcke und die schrecklichen Anschläge in Hanau und Halle überhaupt möglich wurden. Wenn in Frankfurt ein Kind vor einen Zug gestoßen wird, dann geht man schnell zum Tagesgeschehen über. Der Täter sei psy-

chisch krank gewesen, heißt es dann. Wenn in Hanau ein psychisch Kranker Menschen erschießt, wird daraus rechter Terrorismus. Rast dann Tage später wieder mal ein Fahrzeug absichtlich in eine Menschenmenge, geht das im Grundrauschen der täglichen Berichterstattung unter. Man erfährt wenig über die Hintergründe, die Opfer und den Täter.

Jedes dieser Ereignisse hätte nicht geschehen dürfen. Aber die einen zu ignorieren und die anderen politisch zu instrumentalisieren, das treibt die Spaltung unse-

rer Gesellschaft voran.

Meine Damen und Herren, erst vor wenigen Tagen hat unser Parteivorsitzender Tino Chrupalla vor einem weiteren Aufheizen des politischen Klimas gewarnt. Prompt wurden er und seine Familie Opfer eines Brandanschlags. Von den gesundheitlichen Schäden ist er bis heute nicht genesen. Auch diese Tat war das Werk von Extremisten, und sie zeigt uns einmal mehr, dass es nicht damit getan ist, Extremismus allein auf der rechten Seite zu suchen, sondern dass es nur in einer gemeinsamen

Mit Ihrer Politik haben Sie die Axt an die Meinungsfreiheit gesetzt.

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Gezielter Angriff gegen Ausländer, Fremde, Nichtdeutsche



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Die Debatte heute ist dringlich und unerlässlich. Mein Vorredner hat das dokumentiert. Ich finde, das, was Sie gesagt haben, ist nicht angemessen für das, was wir in Hanau, was wir in dieser Republik erleben müssen. Ich finde, an erster Stelle müssen Trauer und Mitgefühl mit den Angehörigen stehen. Insbesondere möchte ich dem Bundestagspräsidenten für seine Worte im Namen des, hoffe ich, ganzen Hauses – manchmal habe ich ein bisschen Zweifel, ob es wirklich das ganze Haus ist – danken. Vielen Dank, Herr Schäuble.

Ich will gleichzeitig sagen, dass auch das, was ich gestern in Bildern gesehen habe, wichtig ist, weil nämlich auch eine Stadt trauert: die Menschen in Hanau, die so viel Mitgefühl gezeigt haben und versucht haben, diesen Anschlag zu verarbeiten. Auch das sollten wir heute in unseren Reden mitbedenken. Aber natürlich müssen wir uns gleichzeitig darüber klar werden, was die wachsende rassistisch motivierte Gewalt für unser Land bedeutet

und was wir tun müssen.

Aber es geht um mehr: Es geht um die Selbstvergewisserung, ob das, was uns das Grundgesetz als Handlungsanleitung mit auf den Weg gegeben hat, gilt:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Diese wenigen klaren Sätze machen deutlich, um was es heute geht, meine Damen und Herren. Ja, die Adressaten der Mütter und Väter des Grundgesetzes waren der Staat, aber eben auch der Souverän. Deswegen ist hier vor dem Deutschen Bundestag, entlang der Spree, der richtige Platz für die 19 Grundrechtsartikel, die von dem israelischen Künstler Dani Karavan gestaltet worden sind. Ich sehe viele Menschen, viele Besuchergruppen, die davor stehen bleiben und diese Sätze lesen. Diese Menschen dokumentieren das.

Ich glaube, sie dokumentieren auch, dass sich die Mehrheit der Deutschen an diesem Grundgesetz eben nicht nur orientiert, sondern auch danach leben will.

Da es den Staat adressiert, möchte ich auch einige Worte an den Herrn Bundespräsidenten richten. Im Namen meiner Fraktion möchte ich Ihnen ganz herzlich danken, nicht nur für das, was Sie gestern in Hanau gesagt haben, sondern auch für das, was Sie die ganzen letzten Monate ge-

tan haben, nämlich diesem Staat ein Gesicht der Würde, des Respekts, der Trauer zu geben und insbesondere zu zeigen, dass dieses Land aus einer pluralistischen und freien Gesellschaft besteht. Vielen Dank, Herr Bundespräsident.

Meine Damen und Herren, was in Hanau passiert ist, ist mehr als Totschlag.

Wir müssen es aussprechen: Es ist Massenmord. Es ist ein gezielter Angriff gegen Ausländer, Fremde, Nichtdeutsche. Egal wie man es nennt: Es war rassistischer und rechter Terror. Vielleicht war es ein Einzeltäter, aber er wurde getragen von einem System der Hetze, der Erniedrigung und der Anleitung zu Gewalt. Diese Spur führt hinein in den Bundestag, und die AfD ist der Komplize. Nicht anders, meine Damen und Herren, können Ihre Reden verstanden werden. Alice Weidel, 16. Mai 2018 hier im Bundestag: „Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Ich frage Sie: Ist das kein Rassismus?

Alexander Gauland am 2. Juni 2016: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-j Geschichte.“ Ich frage Sie: Ist das keine Relativierung des Rassenwahns des letzten Jahrhunderts?

Herr Gauland und Frau Weidel, Sie haben Herrn Hartwig vorge-

schickt. Sie hätten an dieses Pult treten und eine Rede halten müssen, und Sie hätten sich entschuldigen müssen.

Es war Björn Höcke, der gesagt hat: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ Ich frage Sie: Ist das keine Rassenlehre?

Ja, es ist Rassenlehre. Und dieser Mann gehört zu Ihren Reihen.

Dann Markus Frohnmayer am 28. Oktober 2015: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet.“ Dort steht der Feind dieser Demokratie, und wir müssen das benennen.

Meine Damen und Herren, mit Ihren Reden haben Sie Täter wie jenen in Hanau in dem Glauben gelassen, dass es eine große Zahl von Menschen gibt, die genauso denken. Sie haben den Boden bereitet; Sie haben sich schuldig gemacht.

Wir Sozialdemokraten sind stolz, einer Partei anzugehören, die von Anfang an gegen Rassismus und rechtes Gedankengut gekämpft hat, gegen die Kolonialpolitik eines Kaiserreiches, das Sie, Herr Gauland, hier in jeder Rede so verherrlichen. Damals wurden wir weggesperrt und als vaterlandslose Gesellen diffamiert. Weil wir dem Rassenwahn der Nationalsozialisten widerstanden haben, wurden wir geknechtet und vertrieben. Deswegen sage ich auch heute: Wir schöpfen Selbstbewusstsein aus der Tatsache, dass in der Mitte meiner Fraktion ein Mensch wie Karamba Diaby einen Platz hat. Er wird bedroht; aber er wehrt sich, und er zeigt Haltung. Diese Haltung ist für Demokratinnen und Demokraten so wichtig. Vielleicht darf ich denjenigen, die ihn bedrohen und angreifen, sagen:

Kraftanstrengung aller demokratischen Kräfte gelingen wird, die gesellschaftlichen Rückzugsräume für Extremisten wieder zu schließen: von rechts wie von links.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels (SPD): Kein Wort zu den Opfern! Dass Sie sich nicht schämen! – Dr. Alexander Gauland (AfD) erhebt sich und gibt Dr. Roland Hartwig (AfD) die Hand – Zuruf von der SPD: Widerlich! – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Gift! – Gegenruf des Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Jede Schulklasse benimmt sich besser als Sie, Frau Haßelmann! – Zuruf von der LINKEN: Nazis!)

Er ist Chemiker. Er hat seine Doktorarbeit über das Kleingartenwesen in Halle geschrieben. Er weiß mehr über das genossenschaftliche Wesen und die genossenschaftliche Tradition als mancher Ignorant und Deutschtümler. Vielen Dank, Karamba, für deinen Mut.

Es ist aber nicht nur Karamba Diaby, sondern es sind ganz viele Menschen, die sich in den Dörfern, in den Gemeinden und in den Städten gegen Hass und Hetze einsetzen. Deswegen sage ich: Ja, meine Damen und Herren, wir sind keine Wiederholung von Weimar. Wir sind eine mutige Demokratie. Dafür gibt es jeden Tag genügend Beispiele in unserem Land.

Zum Schluss möchte ich etwas ansprechen, was einem immer wieder Hoffnung macht. Verzeihen Sie mir, dass ich von meiner Heimatstadt Köln spreche, wo vor 14 Tagen Karneval war. Dort sind Schulklassen durch die Stadtteile gezogen. Diese Schulklassen waren so bunt wie jede unserer Städte, so bunt, wie Deutschland es ist. Die Kinder haben gelacht und Kamelle geworfen. Das ist es, was dieses Land ausmacht, Frau Weidel und Herr Gauland. Diese Schulklassen sind in das ehemalige Haus der Gestapo gegangen. Dort gibt es eine Ausstellung über den Karneval im Nationalsozialismus. Sie haben sich angeschaut, was dort vor Jahrzehnten getrieben wurde. Sie sind fassungslos und können nicht glauben, was damals in diesem Land passiert ist. Deswegen ist das „keine dämliche Bewältigungspolitik“, wie Herr Höcke gesagt hat. Ich bin stolz, dass wir unsere Kinder im Wissen um die Geschichte erziehen. Daraus schöpfe ich Hoffnung. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der SPD erheben sich)

Bijan Djir-Sarai, FDP:

Der Anschlag von Hanau ist ein Angriff auf uns alle



Bijan Djir-Sarai (*1976)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Normalerweise halte ich in diesem Haus außen- und sicherheitspolitische Reden. Es war mir aber ein persönliches Bedürfnis, in dieser wichtigen Debatte heute mitzuwirken.

Wenn ich vor zehn Jahren eine Rede über Hass und Rechtsextremismus in Deutschland gehalten hätte, hätte ich eine andere Rede gehalten. Ich hätte hier gesagt, dass Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land ist und Hass

und Extremismus in unserem Land keinen Platz haben. Heute sage ich: Ja, wir sind ein weltoffenes und tolerantes Land, aber es gibt Entwicklungen in unserem Land, die mich beunruhigen und zutiefst schockieren.

Die Tat von Hanau führt uns einmal mehr auf tragische Weise vor Augen, wohin Hass und rechtsextreme Hetze führen können. Für das, was in Hanau passiert ist, gibt es keine Rechtfertigung. Es gibt kein „Ja, aber“. Menschen sind aufgrund rassistischer Motive gezielt getötet worden – Punkt. Unser tiefempfundenes Beileid gilt den Opfern dieser schrecklichen Tat und ihren Angehörigen. Jede Verharmlosung, jede Relativierung dieser Tat sind menschenverachtend und fügen den Angehörigen der Opfer nur weiteres Leid zu. Wenn unschuldigen Menschen aufgrund von Hass und Hetze ihr Leben genommen wird, dann können wir als Gesellschaft nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Jeder Mitbürger mit

Migrationsbiografie wird Ihnen Geschichten von Alltagsrassismus erzählen können, von unerschwelligem Bemerkungen und direkten Beleidigungen bis hin zu offener Gewalt. Das ist sehr schmerzhaft. Gerade wir als Abgeordnete können als Personen der Öffentlichkeit nachvollziehen, was es heißt, auch unangenehme Diskussionen aushalten zu müssen. Aber die wenigsten von uns haben eine Vorstellung davon, was es heißt, Bürger mit Migrationshintergrund zu sein. Was man inzwischen gelegentlich persönlich erfahren muss, ist zutiefst verstörend.

Meine Damen und Herren, ein Jahr vor der Abiturprüfung habe ich meine Eltern gefragt, was ich nach dem Abitur eigentlich studieren soll. Meine Eltern haben geantwortet: Medizin studieren,

Menschen sind aufgrund rassistischer Motive gezielt getötet worden – Punkt.

Arzt werden. – Da habe ich gefragt: Warum denn das? – Meine Eltern haben geantwortet: Sollten sich die politischen Verhältnisse in Deutschland eines Tages verändern und du solltest dann das Land verlassen müssen, wirst du als Arzt überall im Ausland arbeiten können. Ich habe mich über diesen Satz meiner Eltern immer wahnsinnig aufgeregt. Ich habe mit meinen Eltern immer darüber gestritten und gesagt: Das ist doch Unsinn. Warum sollten sich die politischen Verhältnisse in Deutschland verändern? Warum sollte ich mir jemals Gedanken darüber machen, Deutschland zu verlassen?

Meine Damen und Herren, in den Tagen von NSU, Kassel, Halle und Hanau mache ich mir aber oft Gedanken über den Satz meiner Eltern. Selbstverständlich denke ich nicht darüber nach, Deutschland zu verlassen. Dafür bin ich zu sehr Rheinländer, dafür liebe ich dieses Land zu sehr. Das ist meine Heimat. Aber ich spüre zum ersten Mal seit Langem, dass Menschen in diesem Land zu Recht Angst vor der Zukunft haben. In diesem Land, meine Damen und Herren,

darf es keinen Platz für Hass und Rassismus geben. Das sage ich nicht als jemand, der nicht in Deutschland geboren wurde; das sage ich als Bürger dieses Landes.

Wenn Menschen muslimischen Glaubens angegriffen werden, dann ist das nicht nur ein Angriff auf Muslime, dann ist es ein Angriff auf uns alle. Wenn Menschen jüdischen Glaubens auf der Straße aufgrund ihrer Kippa angegriffen werden, dann ist das nicht nur ein Angriff auf Juden, es ist ein Angriff auf uns alle, meine Damen und Herren. Genauso ist der Anschlag von Hanau ein Angriff auf unsere gesamte Gesellschaft. Er schürt Angst und sorgt für Unsicherheit.

Meine Damen und Herren, wir sind Demokraten. Es ist unsere Aufgabe als Demokraten, in dieser schwierigen Zeit die Gesellschaft zu versöhnen, und nicht, die Gesellschaft zu spalten. Es ist unsere Aufgabe als Demokraten, dafür zu sorgen, dass rassistischer Hass und Gewalt keinen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Die Reihe rassistischer Morde muss mit Hanau beendet sein



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir haben ein Problem in diesem Land, leider auch im Bundestag. Das Problem heißt: Rassismus. Alltagsrassismus auf der einen Seite und struktureller Rassismus auf der anderen Seite gehen dabei Hand in Hand.

Zehn Menschen wurden am 19. Februar in Hanau ermordet. Kurz darauf wurde über Fremdenfeindlichkeit, über Ausländerfeindlichkeit berichtet. Aber Ferhat, Mercedes, Sedat, Gökhan, Hamza, Ka-

loyan, Vili Viorel, Said und Fatih waren in Deutschland nicht fremd. Sie waren und sie bleiben ein Teil von Deutschland. Achten wir auf unsere Sprache. Damit beginnt es. Hören wir auf mit Begriffen wie „Fremdenfeindlichkeit“. Sie verharmlosen die Tat, und sie grenzen aus.

Über 200 Menschen wurden von Rechtsextremen seit der Wiedervereinigung in Deutschland ermordet. Die Blutspur des Rechtsterrorismus zieht sich seit Jahrzehnten durch Deutschland, und das ist widerlich, meine Damen und Herren.

Der Rechtsstaat muss entschlossen dagegen vorgehen. Viel zu lange wurde das Problem des rechten Terrors heruntergespielt.

Noch heute geht einigen das Wort „Rechtsterrorismus“ nicht über die Lippen, ohne Linke im selben Atemzug zu erwähnen. Es war auch hier

eine Peinlichkeit, Herr Hartwig, dieses unsägliche geschichtsvergessene Geschwätz von den Rändern. Die Gleichsetzung von rechts und links ist angesichts unserer Geschichte – nach NSU, nach dem Mordanschlag an Henriette Reker, den Morden im Münchener Einkaufszentrum, nach dem Mord an Walter Lübcke, nach Halle und Hanau – eine Relativierung von Faschismus und der Gefahr, die von Nazis in unserem Land ausgeht, meine Damen und Herren.

In diesem Sinne: Danke, Herr Brinkhaus. Danke, Herr Schäuble.

Das ist ausdrücklich eine andere Akzentsetzung gewesen.

Über 200 Morde – alles Einzelfälle? Hören wir auf damit. Das ist gefährlicher Unsinn. Rechtsterror und Rechtsextremismus sind strukturelle

Probleme. Werden sie nicht mit allen Mitteln des Rechtsstaates be-

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft ist spürbar rabiater, brutaler geworden.

kämpft, breiten sie sich weiter aus. Jeden Tag werden in Deutschland Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Haarfarbe, ihrer Religion, ihres Namens bepöbelt und angegriffen, im Job diskriminiert oder gar nicht erst eingestellt, werden Moscheen mit Hakenkreuzen beschmiert und Synagogen rund um die Uhr bewacht. Was für ein trauriger Zustand!

Die Morde des NSU hätten jedem die Gefahr endgültig vor Augen führen müssen. Rechter Terror und rassistische Gewalt hätten Priorität Nummer eins der Sicherheitsbehörden werden müssen. Das geschah aber ausdrücklich nicht. Im Gegenteil: Die Debatten, auch in der Bundesregierung, waren komplett andere. Die Migration sei die Mutter aller Probleme, hieß es. Ich hoffe, dass auch beim Innenminister inzwischen die Erkenntnis gewachsen ist, Rassismus und Rechtsterror sind Väter vieler Probleme in unserem Land, meine Damen und Herren. Die Bundesregierung hat besondere Verantwortung, mäßigend auf Debatten einzuwirken, anstatt die Probleme anzuhetzen.

Wer aber Zitate des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, liest, der muss sich fragen, wie jemand, der Sympathien für rechte Parolen hegt, Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen konnte.

Dass dieser Mann jahrelang den Verfassungsschutz leiten durfte, war ein schwerer Fehler der Innenminister der Union und im Übrigen über viele Jahre prägend. Klaus-Dieter Fritsche, Mitglied der CSU, inzwischen pensioniert, war Koordinator der Geheimdienste im Kanzleramt, Staatssekretär, Vizepräsident des Verfassungsschutzes. Aber anstatt in den Ruhestand zu gehen, ging er vom Kanzleramt direkt nach Wien als Berater des damaligen FPÖ-Innenministers Kickl. Der FPÖ, einer Bande mit Rechtsradikalen, sollte er auf die Sprünge helfen. Diese beiden Herren zeigen anschaulich das gefährliche Problem des strukturellen Rassismus. Anders als Björn Höcke sind sie keine Faschisten, aber Sympathisanten rechter Politiker und ihrer Thesen, feine bürgerliche Herren, die die Tür für Rechtsradikale öffnen.

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft ist spürbar rabiater, brutaler geworden. Wir haben ein vergiftetes Klima, wie der Bundestagspräsident gesagt hat. Der knallharte Wettbewerbsdruck hat der Gesellschaft den Stempel des „Jeder gegen jeden“ aufgedrückt und den Zusammenhalt erodieren lassen. Wir müssen auch über das Klima reden, in dem Rechtsextremismus gedeiht, ein Klima, in dem die Abwertung des anderen, des vermeintlich Fremden und an-

geblich Schwächeren sagbar und auch salonfähig geworden ist. Wenn in dieser Situation Faschisten Hass und Hetze verbreiten, wenn Shisha-Bars verunglimpft und bessere Renten für Deutsche gefordert werden, dann wird zusätzliches Gift in der Gesellschaft versprüht, das den Nährboden für

solche Taten schafft. Wir brauchen Sicherheit durch Schutz und vor allen Dingen Umsteuern und Umdenken, meine Damen und Herren.

Am Wochenende wurde Dietmar Hopp, bekanntermaßen Mäzen der TSG Hoffenheim, wieder einmal abscheulich verunglimpft.

Es war ein starkes Zeichen, dass die Spieler und Verantwortlichen das nicht tatenlos akzeptiert haben. Aber als ein Spieler von Hertha BSC, Jordan Torunarigha, vor Kurzem im Stadion rassistisch beleidigt worden ist, gab es kaum Empörung von den Funktionären. Unser Fußballnationalspieler An-

tonio Rüdiger sagte jüngst: „Taten müssen folgen! Alles andere hilft nichts. Leute, die daneben sitzen, müssen endlich aufstehen...“.

Recht hat er.

Es muss sich einiges grundsätzlich ändern: bei den Behörden, in der Gesellschaft, hier im Parlament und auch in der Bundesre-

gierung. So darf es nicht weitergehen; denn die Reihe der rassistischen Morde muss mit Hanau beendet sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Omid Nouripour, Bündnis90/ Die Grünen:

Wir schulden den Opfern mehr Aufmerksamkeit als der Hetze



Omid Nouripour (*1975)
Landesliste Hessen

Am 29. Mai 1993 verlor Mevlüde Genç beim rassistischen Brandanschlag in Solingen zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte. Jahre später fasste sie ihre Lehren daraus zusammen in folgenden Worten:

„Liebe lässt den Menschen leben, aber der Hass bringt den Tod.“ Ja, Rassismus tötet, Hass tötet. Gewinnt der Hass, stirbt die Demokratie. Dies zu verhüten, ist die wichtigste Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten.

Meine Damen und Herren, wir sind heute hier, um über die Frage zu beraten, die mir der Vater eines der Opfer letzte Woche in Hanau gestellt hat: Wann hört dieser Wahnsinn auf? Wie lange noch müssen Menschen sterben, weil sie Muslime oder Aleviten, Türken oder Kurden, Afghanen oder Roma sind?

Wie lange müssen wir uns anhören, Menschen, die seit vier Generationen in Deutschland leben, seien Fremde? Wie lange muss die Mutter eines getöteten jungen Mannes das Gefühl haben, statt trauern zu dürfen, rechtfertigen zu müssen, ihr Sohn sei doch so gut integriert gewesen, er habe doch eine Arbeit gehabt?

Wie oft wollen wir als Politik Reden halten wie nach den Toten von Mölln, Solingen, Dessau, Nürnberg, Heilbronn, Kassel, Magdeburg, Halle, Wolfhagen

oder Hanau? Wir sind den Angehörigen der Opfer eine Antwort schuldig, und nach jedem neuen Opfer des Rassismus wird diese Antwort überfälliger.

Meine Damen und Herren, in den letzten 30 Jahren haben in unserem Land mindestens 200 Menschen aufgrund rechtsextremer und rassistischer Gewalttaten ihr Leben verloren, und das ist nur die traurige Spitze des Eisberges. Es gibt tagtäglich Angriffe auf Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, auf Synagogen, auf Moscheen, auf Menschen anderer Herkunft. Hass und Rassismus machen unsere Gesellschaft krank und säen Zwietracht. Dagegen braucht es einen Aufstand der Anständigen.

Hass und Rassismus machen unsere Gesellschaft krank und säen Zwietracht.

Ich bin froh um jede Stimme der Solidarität in diesem Land, jede gereichte Hand für Demokratie und Zusammenhalt, für den Schulterschluss der Demokratinnen und Demokraten. Aber es braucht jetzt vor allem einen Aufstand der Zuständigen.

Wir brauchen Institutionen, die aufstehen gegen Rassismus. Dies tun dankenswerterweise schon viele: bei der Polizei, bei der Bundeswehr, in der Justiz und in der Verwaltung, aber dies müssen alle tun, die dem Schutze unseres Landes und unseres Grundgesetzes verpflichtet sind. Das ist derzeit leider nicht der Fall.

Es ist gut, dass es jetzt einen Kabinettsausschuss gibt, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich begrüße herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände der Migrantenselbstorganisationen auf der Tribüne. Gerade bei einem Kabinettsausschuss, in dem kein einziges Mitglied irgendeinen Migrationshintergrund hat, werden sie ganz genau draufschauen, was der Kabinettsausschuss bringt.

Ich bin froh, dass der Generalbundesanwalt so klar von Rassismus spricht. Nach der rassistischen Hetzjagd von Chemnitz

sprach der Innenminister noch von der Migration als der „Mutter aller Probleme“. Das sind Äußerungen, die Menschen mit einer Migrationsgeschichte immer wieder das Gefühl geben, ihren Wert und ihren Platz in der Gesellschaft beweisen, ja rechtfertigen zu müssen. Aber sollte es nicht anders sein? Sollten nicht Rassisten, Antisemiten, Homophobe, Sexisten und Islamfeinde den Druck der Demokratie spüren?

Ich bin froh, dass der Innenminister nun davon spricht, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie in diesem Land sei. Es gibt auch eine sehr klare Einordnung seinerseits der Tat in Hanau. Er sagt – ich zitiere –, dass der rassistische Hintergrund der Morde in Hanau unbestritten sei und durch nichts relativiert werden könne. Ich danke Ihnen herzlich, Herr Seehofer, für diese klaren Worte. Ich hoffe, wir bleiben an dieser Stelle zusammen.

Meine Damen und Herren, un-

ser gemeinsames Zusammenleben regelt das Grundgesetz. Niemand muss sich vor irgendetwas anderem rechtfertigen als vor dem Grundgesetz, vor unserer Verfassung. Aber das zeigt doch auch, dass der Kampf gegen Rassismus nicht erst dann beginnt, wenn Menschen sterben. Rassismus tötet, aber vorher grenzt er aus. Wenn qualifizierte Frauen einen Job nicht bekommen, weil sie ein Kopftuch tragen, wenn Menschen eine Wohnung nicht bekommen, weil die Namen ihrer Vorfahren anders klingen, dann hat das alles einen Namen: Das ist Rassismus. Den Rassismus des Alltags zu bekämpfen, damit beginnt die Aufgabe, über die wir heute sprechen. Rassismus speist sich aus Hass, Hass speist sich aus Wut, Wut speist sich aus Angst. Hier sitzen im Raum viele Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Tode bedroht werden aufgrund ihrer Herkunft, auch ich. Ich kann nicht im Namen all dieser Leute sprechen, aber ich kann versprechen: Ob Karamba Diaby, Aydan Özoğuz, Amira Mohamed Ali, Bijan Djir-Sarai, Cem Özdemir, Paul Ziemi-

Rassismus speist sich aus Hass, Hass speist sich aus Wut, Wut speist sich aus Angst.

ak oder ich: Wir Deutschen werden den Rassisten nicht unseren Hass schenken, und wir werden ihnen erst recht nicht unsere Angst schenken. Dies schulden wir unserem Land, unserer Demokratie. Dies schulden wir den Opfern von Hanau. Und weil es in dieser Debatte um die Opfer von Hanau geht, finde ich, dass wir es den Opfern schulden, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken als der Hetze, die wir vorhin gehört haben.

Deshalb möchte ich die Namen vorlesen. Wir gedenken heute Said Nessar El Hashemi, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtovic, Vili Viorel Paun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov, Michèle Kiesewetter, Walter Lübcke, Antonio Amadeu, Alberto Adriano, Halit Yozgat und allen anderen Opfern des Rassismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN)



Vergangenen Mittwoch fand im hessischen Hanau eine Gedenkfeier für die Opfer des Anschlags statt.

© picture-alliance/dpa

Horst Seehofer, CSU, Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat:

Starker Staat zum Schutz der freiheitlichen Demokratie nötig



Horst Seehofer (*1949)
Bundesminister

Wenn es um die Bekämpfung des Rechtsextremismus geht, muss man sich zuallererst ein Bild von der tatsächlichen Lage machen, ein ehrliches, ein ungeschminktes Bild. Für Relativierung oder gar Verharmlosung gibt es bei diesem ernstesten Thema keinen Raum.

Die furchtbare Gewalttat in Hanau war die dritte innerhalb von zehn Monaten; es ist eine Spur zurück über den Amoklauf in München, der heute von den Sicherheitsbehörden zweifelsfrei als rechtsextremistisch motiviert eingestuft wird, bis zur Enttarnung des NSU. Es war die dritte Gewalttat, die unzweifelhaft rassistisch motiviert und islamfeindlich war.

Darüber hinaus muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass wir in den letzten Wochen zwölf mutmaßliche Rechtsextremisten verhaftet haben, die ganz offenbar konkrete Planungen hatten gegen Personen, Planungen für bürgerkriegsähnliche Zustände in der Bundesrepublik Deutsch-

land. Wir haben in den letzten Wochen eine Wohnung mit Unmengen von Sprengstoff und Handgranaten ausgehoben, eine andere Wohnung, ebenfalls in den letzten Wochen, mit vielen automatischen Waffen.

Wenn wir die Spur seit der Enttarnung des NSU bis heute und die Entwicklung in den letzten Monaten betrachten, dann, meine Damen und Herren, muss ein Innenminister davon sprechen, dass die Bedrohungslage, die Gefährdungslage durch den Rechtsextremismus in unserem Land sehr hoch ist und durch nichts relativiert werden kann.

Natürlich gibt es auch Linksextremismus. Es gibt die Reichsbürger, die sehr waffenaffin sind, und es gibt nach wie vor eine hohe Gefährdungslage beim islamistischen Terror. Aber die höchste Bedrohung in unserem Lande geht vom Rechtsextremismus aus. Das muss deutlich ausgesprochen werden. Man kann die Bedrohung nicht relativieren, indem man sagt: Es gibt ja auch Linksextremismus. Der Rechtsextremismus, der Rechtsterrorismus und der Antisemitismus sind die höchste Gefährdung unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Es beginnt mit der Verhöhnung der Sprache – es gibt unzählige Beispiele, die heute schon genannt worden sind -, die sich auch in Bildern ausdrückt, zum Beispiel, wenn Menschen in einem Bundesligastadion im Fadenkreuz gezeigt werden oder wenn vom Erschießen reicher Leute gesprochen wird. Das alles ist die Saat, durch die die Gewalt bewusst und ge-

wollt oder auch ungewollt entsteht. Deshalb muss man diesen Tag nutzen, um an die Disziplin, an die Mäßigung in der Sprache zu erinnern. Das hätten Sie hier von rechts heute übrigens praktizieren können.

Ich habe Halle und Hanau besucht und habe oft berichtet, dass zwei Sätze, die mir dort gesagt wurden, wie ein Stich ins Herz gewirkt haben, in einer Gedenkveranstaltung, in aller Stille der Ruf eines jungen Menschen: „Ihr könnt uns nicht schützen!“, und bei einem Gespräch mit Betroffenen, mit Angehörigen die Aussage: Gibt es jetzt wieder nur Worte der Anteilnahme, oder folgen diesen Worten auch politische Taten und Maßnahmen? Das haben wir als Auftakt betrachtet, auch im Interesse der Opfer und der Angehörigen, und eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt – sofort, innerhalb von zwei Tagen, mit allen 16 Bundesländern, ohne jeden politischen Streit. Das Bundeskabinett hat diese zwölf Punkte übernommen; sie sind mittlerweile weitestgehend umgesetzt.

Den Worten sind Taten gefolgt. Ich nenne sie hier nur stichwortartig: Wir haben für eine massive personelle Verstärkung des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz gesorgt. Vergleichbare Arbeitseinheiten hatten wir bisher nur bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors, aber nicht im Bereich Rechtsextremismus. Wir werden wahrscheinlich noch in dieser Woche hier im Deutschen Bundestag

den Entwurf eines Anti-Hass-Gesetzes vorlegen; Frau Lambrecht wird dazu Näheres sagen. Es ist umfassend: Wenn jemand im Internet Drohungen ausstößt, Straftaten ankündigt oder begeht, ist der Provider künftig nicht nur verpflichtet, diese Inhalte zu löschen, sondern auch, sie dem Bundeskriminalamt zu melden; und wenn dort eine Straftat bejaht wird, wird die Justiz eingeschaltet. Wir haben in der vorletzten Sitzungswoche das Waffenrecht verschärft, mit dem ganz klaren Grundsatz: Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten.

Wir haben zum ersten Mal einen Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung. Herr Dr. Klein leistet ganz hervorragende Arbeit. Ihm möchte ich bei dieser Gelegenheit auch einmal danken.

Ich habe die gefährliche Vereinigung Combat 18 verboten. Wir haben jetzt eine Expertengruppe gegen Islamfeindlichkeit eingerichtet. Die Kanzlerin hat entschieden, dass wir einen Kabinettsausschuss zum Thema Rechtsextremismus bekommen. Und ich bin dabei, mit der Kollegin Giffey die Präventionsprogramme des Bundes zu überprüfen, um in der Zukunft vielleicht noch effektiver und wirksamer sicherzustellen, dass wir bereits im Vorfeld durch wirksame Präventionsprogramme manches verhindern können. Ich habe dazu gemeinsam mit Frau Giffey die besten Spezialisten der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Wir haben stundenlang miteinander diskutiert. Wir werden die Ergebnisse dieser Diskussionen in veränderten Präventionsprogrammen umsetzen.

Ich habe Anfang dieser Woche

mit dem Präsidenten des Deutschen Fußballbundes wegen der Entwicklung in unseren Stadien, die ja oft auch einen rassistischen Hintergrund hat, Kontakt aufgenommen, um gemeinsam zu überlegen, wie wir diesen Auswüchsen und Entwicklungen entgegenzutreten können, ohne Aktionismus zu veranstalten, sondern mit wirksamen Maßnahmen, die den Menschen helfen. Dieses umfassende Bekämpfungspaket ist eine Antwort auf die Frage: Gibt es nur Worte, oder gibt es auch wirkungsvolle politische Maßnahmen?

Wir haben jetzt eine Expertengruppe gegen Islamfeindlichkeit eingerichtet.

Und auf „Ihr könnt uns nicht schützen!“ ist unsere Antwort die wehrhafte Demokratie, die die Errungenschaften unserer freiheitlichen Demokratie bewahrt. Dazu brauchen wir mutige Demokraten. Dazu brauchen

wir aber auch und vor allem einen starken Staat, wenn es um den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht.

Wir brauchen diesen starken Staat; denn man hört in der Bevölkerung oft die Fragen – auch das ist ein Argument: Kann sich der Rechtsstaat eigentlich noch durchsetzen? Hat der Rechtsstaat genug Biss, um das, was hier an Gesetzen beschlossen wird, in der Praxis umzusetzen? Dafür müssen wir jeden Tag arbeiten, für diesen starken Staat zur Unterstützung von mutigen Demokraten.

Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, jenen den Rücken zu stärken, die täglich für diesen starken Staat arbeiten, wenn es um den Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums geht. Weil es oft heißt, wir wollten den gläsernen Bürger, sage ich: Das ist mitnichten der Fall. Wir bekämpfen nicht die allgemeine Bevölkerung, sondern wir bekämpfen die Straftäter. Und für diese Bekämpfung brauchen wir diesen starken Staat mit unserer Polizei und den Sicherheitsbehörden. Deshalb bitte ich das ganze Parlament, dass wir in der Zukunft noch mehr als bisher jene schützen, die uns jeden Tag schützen, die jeden Tag die freiheitliche Demokratie schützen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (3.v.l.) nahm nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau an einer Mahnwache für die Opfer des Anfalls auf dem Hanauer Marktplatz teil.

© picture alliance / Geisler-Fotopress

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Gottfried Curio (AfD), Christine Lambrecht (SPD) Stephan Thomae (FDP), Thorsten Frei (CDU/CSU), Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU) und Dr. Katja Leikert (CDU/CSU).

Debatte zum FDP-Antrag zur Digitalisierung des Planens und Bauens / 149. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 5. März 2020

Mario Brandenburg, FDP:

Bauen Sie Bauwerke künftig gemeinsam mit den Bürgern!



Mario Brandenburg (*1983)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Vielleicht noch ein Wort in eigener Sache: Es ist nicht leicht, nach einer solchen Debatte wieder zu Sachthemen überzugehen. Aber so ist das leider manchmal.

Ich möchte die Rede mit einer kleinen Denksportaufgabe starten; denn es ist ja noch früh am Tag: Was haben erfolgreiche Großprojekte und E-Government gemein-

sam? Es ist so, dass deutsche Staatsbürger sich das im Moment leider nur im Urlaub ansehen können. – Einige lachen, aber leider ist das gar nicht witzig, und das kann und darf auch nicht unser Anspruch sein.

Auf den ersten Blick sind das unterschiedliche Themen. Doch wenn man sich anschaut, woran sie letztendlich scheitern, stellt man fest: Es sind oft die gleichen Dinge. Das E-Government scheitert oft an föderalen Kleinstrukturen, wie eben auch große Bauprojekte an verästelten, feinen Strukturen und der fehlenden Transparenz scheitern. Genau hier setzen unsere Anträge an.

Wir brauchen zum einen wesentlich mehr Transparenz, aber eben Transparenz für alle Beteiligten, für die Bürger, den Staat und die Wirtschaft, und zum anderen mehr Mut, nämlich mehr Mut im Umgang mit neuen Ansätzen. Hier kommt eben die Blockchain

ins Spiel.

Ich höre schon die Ersten fragen: Warum jetzt hier Blockchain? Das geht doch auch zentral! – Natürlich kann ich alles, was ich dezentral speichere, auch zentral speichern. Natürlich ist die Blockchain per se als Technologie kein Heilsbringer. Aber sie kann eben alte Gräben in Köpfen überwinden, weil sie doch etwas mehr ist als nur eine verkettete Speicherung von Daten. Es geht dabei nämlich sehr oft um eine architektonische

Philosophie der Offenheit, der Transparenz und der Vertrauenswürdigkeit. Unsere Großprojekte scheitern letztendlich nicht am Material oder an Softwarelösungen, sondern an ihren Akteuren. Genau hier liegt es an uns, Vertrauen zwischen den Beteiligten

aufzubauen, den Controlling-Aufwand zu reduzieren und Ressourcen zu sparen. Das sind eben alles Dinge, die mit einer Blockchain relativ leicht erreicht werden können. Sie kann Transparenz in den aktuellen Projektstand bringen. Sie kann die Lieferkette offenlegen. Es ist damit relativ einfach, Daten offen und maschinenlesbar darzustellen, um Innovationen von Dritten zu ermöglichen, aber auch Kontrolle, sodass nichtzulässige Materialien erst gar nicht den Bau erreichen. Selbst wenn es zu Verfehlungen kommt, ist eine schnelle Zuschreibung der Verantwortlichen möglich. Deshalb werden letztendlich wieder Steuergelder gespart, und der ganze Prozess wird effizienter gestaltet.

Natürlich ist die Blockchain per se als Technologie kein Heilsbringer.

Sie bietet unter anderem verschiedene Möglichkeiten wie sogenannte Smart Contracts. Das sind Verträge, die bei Eintritt eines bestimmten Sachverhalts selbst Auslösungen zahlen können und automatisch freigesetzt werden. Neue Projektblöcke können dadurch aktiviert werden, alles ohne Zutun der Verwaltung, alles automatisiert, si-

cher und nachvollziehbar. Insofern geht es in unserem Antrag eben doch um mehr als um den Einsatz einer Technologie; es geht um eine neue Denkart am Bau, um eine neue Denkart bei Großprozessen und um den Mut von Ihnen im Umgang mit neuen Technologien und beim Dazulernen.

Dass dies nützt, das möchte ich nur noch anhand von ein paar Zahlen belegen. Sie kennen den Flughafen Berlin Brandenburg: gestartet mit 2 Milliarden Euro, jetzt bei 6,5 Milliarden Euro. Sie kennen die Elbphilharmonie: gestartet mit 180 Millionen Euro, nun bei 800 Millionen Euro. Stuttgart 21, Spitzenreiter: gestartet mit 2,6 Milliarden Euro, jetzt bei 8,2 Milliarden Euro.

Daher, liebe Bundesregierung: Verlassen Sie die ausgetretenen Pfade! Gehen wir neue Wege! Bauen Sie die Bauwerke künftig nicht mehr allein im stillen Kämmerlein, sondern gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern – offen, transparent und erfolgreich!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Volkmar Vogel, CDU, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium:

Thema liegt in der Verantwortung der Marktteilnehmer



Volkmar Vogel (*1959)
Wahlkreis Gera-Greiz-Altenburger Land

Digitalisierung, Building Information Modeling, Normung, Blockchain – wir haben eben davon gehört –, das ist natürlich eigentlich ein sprödes Thema für einen Donnerstagvormittag. Aber warum spröde? Weil sie eigentlich nur Werkzeuge sind, die wir benutzen. Sie sind kein Selbstzweck.

Wenn ich hier sage, dass sie uns dabei helfen, die gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern – wie zum Beispiel schnell bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie zum Beispiel die Infrastruktur zu sanieren und den Fachkräftemangel zu bewältigen –, spreche ich über Themen, die wichtig sind und die uns alle betreffen.

Natürlich muss man sagen, dass dieses Thema vor allen Dingen in der Verantwortung der Marktteilnehmer liegt. Die Politik schafft hier nur den Rahmen oder kann Rahmenbedingungen setzen; aber Digitalisierung ist auch eine Querschnittsaufgabe, die den gesamten Bereich des Bauwesens berührt. Lassen Sie mich das so salopp sagen: Mit Daddeln im stillen Kämmerlein können wir dieses Problem nicht lösen. Der Digitalisierungsprozess ist vor allen Dingen ein Pro-

zess, der Vertrauen, kooperatives Handeln und partnerschaftliche Zusammenarbeit erfordert, und das von allen Akteuren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier sind alle Akteure gefragt. Wir müssen hier umdenken.

Ein Beispiel: Building Information Modeling. Das Bundesbauministerium und das Bundesverkehrsministerium schaffen hier gemeinsam mit BIM Deutschland ein Zentrum für Digitalisierung im Bauwesen und damit die Grundlagen und die Rahmenbedingungen. Wir helfen dabei, die Potenziale der Digitalisierung im Bauwesen auszuschöpfen. BIM Deutschland fördert den Open-BIM-Ansatz, das heißt Transparenz im Umgang, das heißt Austausch der Daten auf Basis offener Standards. Warum sage ich das? Die Großen der Branche wissen damit umzu-

gehen. Aber für uns als Bundesregierung ist es besonders wichtig, dass vor allen Dingen auch kleine und mittelständische Unternehmen bis hin zu Handwerksbetrieben in der Lage sind, mit diesem System umzugehen. Wir müssen ihnen dabei helfen.

Es soll dauerhaft die Stakeholder unterstützen, die Vorhaben des Stufenplans „Digitales Planen und Bauen“ und den in der Erarbeitung befindlichen „Masterplan BIM“ einzuhalten und umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen Maßnahmen wird es gelingen, dass der Bundesbau Vorreiter, Pilot und auch Vorbild für die Bauwirtschaft wird, insbesondere für die mittelständische Bauwirtschaft einschließlich des Handwerks, der unsere besondere Unterstützung gilt. Aber Digitalisierung bedeutet auch Standardisierung und Normung. Normung im Bauwesen findet immer mehr auf europäischer Ebene statt. Die Verantwortung

Mit Daddeln im stillen Kämmerlein können wir dieses Problem nicht lösen.

für die Normung trägt die Wirtschaft. Nur als Beispiel, als Stichwort: die DIN-Norm. Aber es wird auch deutlich, dass es für die Wirtschaft, insbesondere für die Bauwirtschaft, immer schwieriger wird, diesen Prozess zu bewältigen. Deswegen bedarf es der Hilfe und Unterstützung der Bundesregierung. Dieser Aufgabe stellen wir uns. Die Normungsstrategie muss gemeinsam mit den zuständigen Institutionen, den öffentlichen Verwaltungen und allen relevanten Vertretern der Wirtschaft erarbeitet und auf internationaler Ebene vertreten werden. Denn eines ist ganz klar: Für uns ist es wichtig, dass die Interessen Deutschlands in diesem Bereich auch künftig gewahrt werden. Denn wie heißt das Sprichwort? „Wer nicht normt, wird genormt.“ Das darf nicht unser Ziel sein.

Aber auch im planungsrechtlichen Bereich und im bauauf-

Fortsetzung auf nächster Seite

sichtlichen Bereich spielt Digitalisierung eine wichtige Rolle. Hier sei nur der digitale Bauantrag genannt. Er ist ein wichtiger Baustein, wenn wir ihn zur Beschleunigung von Genehmigungsprozessen durchsetzen. Genehmigungsverfahren dauern oft viel zu lange. Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung, mit der Einführung von Matrizes im Bereich der Genehmigung werden wir weiterkommen. Das ist das Ziel der Bundesregierung.

Klar ist, dass die Planungsaufgaben in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen

liegen. Nichtsdestoweniger will das Bundesbauministerium im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und der Einführung der Standards XPlanung und XBau zukünftig verstärkt die Anwendung dieser digitalen Methoden fördern.

Zum Thema Blockchain hat mein Vorredner bereits ausführlich Stellung genommen und Ausführungen gemacht. Sie ist ein wichtiger Teil des Gesamt-

Die Planungsaufgaben liegen in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen.

prozesses; das sieht die Bundesregierung genauso. Es bedarf natürlich der Einführung digitaler Prozesse, um das tatsächlich zum Tragen zu bringen. Daran arbeiten wir. Wir werden dabei nicht außer Acht lassen, dass Blockchain ein geeignetes Mittel ist, die entsprechende Transparenz in den Vorgängen, sowohl was die Kosten anbetrifft, als auch was die Bürgerbeteiligung anbetrifft herzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein sehr komplexes Thema am Donnerstagvormittag, vielleicht ein bisschen spröde. Aber trotz alledem sei an der Stelle gesagt: Wir müssen uns diesem Prozess stellen, alle gemeinsam. Denn daran entscheidet sich der Erfolg unserer Bauwirtschaft im 21. Jahrhundert.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)



Planungsaufgaben für Bauprojekte wie etwa hier beim Bau des Terminals Drei am Frankfurter Flughafen liegen in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen.

©picture alliance/Arne Dedert/dpa

Jörg König, AfD:

Die Blockchain-Strategie ist ein Armutszeugnis



Jörg König (*1988)
Landesliste Niedersachsen

Wir reden heute über den FDP-Antrag „Staatliche Großprojekte auf einer Blockchain transparent machen“, weil die Große Koalition das ursprünglich vorgesehene Thema Bonpflicht zum vierten Mal von der Tagesordnung des Finanzausschusses gekippt hat und damit auch die Debatte im Plenum zum vierten Mal verhindert hat.

Sehr geehrte Koalitionsfraktionen, das ist einfach peinlich. Solche taktischen Spielchen beschädigen die Demokratie.

Die Bürger erwarten zu Recht, dass wir über die Abschaffung der

Bonpflicht reden. Der SPD ist das Thema besonders peinlich, weil die Partei im Besitz einer Firma ist, die maßgeblich von der Bonpflicht profitiert.

Die Einnahmen will sich die SPD nicht nehmen lassen, anderenfalls müsste die Partei ja wie im Jahr 2018 eine Erhöhung der Parteienfinanzierung hier im Bundestag durchboxen, damit sie nicht in finanzielle Verlegenheit kommt.

Nein, wir reden heute über die Blockchain und nicht über die Bonpflicht, Herr Grosse-Brömer. Sie kommen vom Regen in die Traufe. Das Thema Blockchain ist genauso peinlich wie das andere Thema.

Die FDP hat in dieser Legislaturperiode insgesamt 14 Anträge zur Digitalisierung und zur Blockchain gestellt. Ich bewundere Ihren naiven Glauben, dass diese Regierung jemals auf Ihre Anträge irgendwie eingeht. Für diese Damen und Herren ist doch das Internet schon seit Jahrzehnten Neuland, von der Blockchain gar nicht zu reden. Diese Kanzlerin und diese Regierung haben das digitale Zeitalter völlig verschlafen. Ich be-

wundere auch Ihren naiven Glauben an das Wundermittel Digitalisierung. Neue Technologien lösen keine bestehenden Probleme, wenn Fachwissen und Innovationsgeist fehlen. Ein paar Sekundärtugenden wie Zuverlässigkeit, Rechtstreue, Selbstdisziplin, Bodenständigkeit und Verbindlichkeit sind dabei auch notwendig; aber auch daran hapert es ja bei dieser Bundesregierung.

In Ihrem Antrag heißt es: „Am Ende ist kaum auszumachen, wo die Verantwortung für gestiegene Kosten oder einen nichteingehaltenen Zeitplan liegt.“ Die FDP verspricht nun, mittels Blockchain ein Desaster bei staatlichen Großprojekten in Zukunft vermeiden zu können.

Sie nennen das Beispiel „Flughafen Berlin“. Dort liegt die Ursache aber klar auf dem Tisch: Politikversagen – Politikerversagen. Die Politiker haben den professionellen Generalunternehmer Hochtief aus dem Projekt rausge-

kickt. Dabei kann Hochtief Flughafen. Das Unternehmen hat den Flughafen Athen in nur sechs Jahren einfach mal gebaut. Die Blockchain hätte dort gar nichts geholfen. Politikversagen bleibt Politikversagen; man hätte es nur moderner dokumentiert. Der beste Anwendungsfall für die Blockchain-Technologie ist nämlich fälschungssichere Dokumentation.

Wo sollte man die Blockchain also anwenden? Wo benötigt man eine besonders fälschungssichere Dokumentation? Natürlich im Finanzbereich! Und wie kann der Staat Akzeptanz für neue Technologien schaffen? – Indem der Staat genau diese Technologien einsetzt, und das eben möglichst im Finanzbereich!

Gucken wir doch mal: Was sagen denn die Fachleute? In der Stellungnahme vom Branchenverband Bitkom zur Blockchain-Strategie der Bundesregierung heißt es:

Das Steuerrecht erfordert jedoch in vielen Zusammenhängen eine lückenlose, nachvoll-

ziehbare und manipulationssichere Dokumentation von wirtschaftlichen Vorgängen. Hierfür scheinen Blockchain-Technologien geradezu prädestiniert. ... Nützlich erscheint dies ... zur Einsparung bislang aufbewahrungspflichtiger Begleitdokumente bei zugleich

verbesserter Prüfbarkeit durch Verknüpfung mit in der Blockchain festgehaltenen Liefer- und Zahlungsvorgängen.

Die Fachleute sagen also: Für Steuern ist die Blockchain besonders gut geeignet, und dieser Vorschlag schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Erstens. Die Blockchain-Technologie wird eingesetzt. Zweitens. Die Bürokratie für den Steuerzahler wird abgebaut.

Und nun schauen wir mal in die Blockchain-Strategie der Bundesregierung, herausgegeben im September 2019 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Man öffnet das PDF-Dokument, betätigt mit Strg+f die Suche nach Einzelwörtern wie „Steuern“ oder „Finanzamt“, und man stellt fest: Es ist einfach nicht zu finden – gar nichts. Auch im Anhang mit den geplanten Maßnahmen findet sich nichts.

Meine Damen und Herren aus der kleinen Großen Koalition, diese sogenannte Blockchain-Strategie ist ein Armutszeugnis und genauso peinlich wie Ihr viermaliges Kippen der Bonpflicht von der Tagesordnung des Plenums.

Wir brauchen auch keinen Round Table, keine Kommissionen oder endlose Evaluierungen, wie in der Blockchain-Strategie beschrieben. Es ist ein Irrglaube, dass in staatlichen Stellen oder auch nur in staatlich moderierten Arbeitskreisen Innovation entstehen kann. Wir brauchen nur Rechtssicherheit in diesem Hoch-

Diese Kanzlerin und diese Regierung haben das digitale Zeitalter völlig verschlafen.

technologiebereich, sodass der Erfinder die Erträge seiner Innovation auch behalten kann. Hier verweise ich auf den guten Antrag der FDP, Drucksache 19/4217. Wenn Sie als Regierung diesen Antrag umsetzen, dann sind Sie auf jeden Fall weiter als mit Ihrer sogenannten Blockchain-Strate-

gie.

Als Diplomingenieur gebe ich Ihnen die Garantie dafür, dass bei vorhandener Rechtssicherheit deutscher Tüftlergeist und der deutsche Mittelstand die Erfindungen und die Anwendungen bereitstellen werden, um auch mithilfe der Blockchain-Techno-

logie weiter Weltspitze zu bleiben.

Die AfD-Fraktion sieht in dem Großprojekteantrag ein methodisch gutes Vorgehen; aber aus unserer Sicht ist der Bausektor nicht der ideale Einsatzbereich. Steuererhebung ist eine elementare Staatsaufgabe; beim Bauen

kann man sich darüber trefflich streiten. Wir schlagen daher vor, einen ähnlichen Projektantrag für die Steuerelementation zu erarbeiten, um den Bürokratieabbau voranzutreiben. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Frau Merkel wegen ihres undemokratischen Machtmissbrauchs bei

den Wahlen in Thüringen zurücktreten muss. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Und dass Flüchtlinge an allem Schuld haben! Was für eine Überraschung!)

Elisabeth Kaiser, SPD:

Deutschland mit dem Bauen 4.0 fit für die Zukunft machen



Elisabeth Kaiser (*1987)
Landesliste Thüringen

Der Begriff „Digitalisierung“ ist überall zu hören. Medien und Politik reden ständig davon, aber auch die Wirtschaft. Schlagworte wie „Blockchain“, „KI“ und „Maschinenlernen“ bestimmen hier die Gespräche. Spannend wird es doch aber erst, wenn es konkret wird, wenn es zur Umsetzung neuer Technologien kommt, und das passiert ja gerade in Wirtschaft und Gesellschaft. Denn die Digitalisierung ist schon lange in unserem Alltag angekommen. Wir, die Politik, müssen die gesetzlichen Rahmen setzen, um Innovationen zu fördern, Wildwuchs zu vermeiden und das Gemeinwohl zu stärken. Die Vorteile digitaler Innovationen sollten möglichst allen Teilen der Bevölkerung zugutekommen, egal ob im Bauen und Pla-

nen, bei der Steuer oder sonst wo. Heute geht es hier um die Digitalisierung des Planens und Bauens. Unser Ziel ist es, Infrastruktur- und Hochbauprojekte nachhaltiger, schneller, kostengünstiger und vor allen Dingen terminsicherer zu machen. So kann Digitalisierung auch dazu beitragen, Probleme wie Wohnungsmangel in Ballungsgebieten zu entschärfen und auch für Entwicklungsschübe in strukturschwachen Regionen zu sorgen.

Gelingen kann uns das vor allen Dingen mit der Methode BIM, dem Building Information Modeling bzw. der Bauwerksdatenmodellierung. BIM bildet den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes ab; es ist sozusagen ein digitaler Zwilling. Alle relevanten Daten werden in einem dreidimensionalen Gebäudemodell erfasst, kombiniert und modelliert, und zwar von der Planung über den Bau bis zum Betrieb und späteren Rückbau bzw. Abriss des Gebäudes. Diese gemeinsame Arbeit an einem digitalen Baumodell mit realen Daten und ständigem Informationsaustausch in Echtzeit erleichtert auch die Abstimmung zwischen den Planern, Bauunternehmen und Auftraggebern sowie die Prüfung des Bauablaufs, und es ermöglicht allen Beteiligten, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und diesen gegenzusteu-

ern. Ein Beispiel: Wenn ich ein Gebäude habe, in das ich mehr Türen einbauen möchte, weil es dann vielleicht komfortabler wird, dann kann ich dies in der Planungsstufe in das Modell einarbeiten. Alle Beteiligten sehen dann sofort die Preissteigerung aufgrund der aktuellen Marktlage sowie die erhöhte Leistungszeit, die dann entstehen würde. Dann kann ich sagen: Das passt mir als Bauherr oder als Auftraggeber. – Oder ich sage: Die verlängerte Bauzeit finde ich jetzt doch nicht so gut, mehr Türen finde ich nicht so gut; das streichen wir wieder. Bevor noch irgendetwas in die Umsetzung gekommen ist, habe ich reagieren können. Es wurde mit allen abgestimmt. Es ist schneller passiert, als wenn man das erst mal probiert hätte und dann irgendwo in Verzögerung geraten wäre. Man sieht also: Es macht sehr viel Sinn.

Große Wohnungsunternehmen und andere, vor allem international agierende Bauunternehmen, nutzen BIM bereits. Kleinere und mittlere Unternehmen, die unsere Wirtschaft ja maßgeblich prägen, haben die digitalen Möglichkeiten

zwar ebenso schon erkannt, sind mit der Einführung aber noch zögerlich. Warum? Das liegt zum einen an den Kosten, die bei der Umstellung auf BIM entstehen, am Mangel geeigneter Fachkräfte, aber auch an fehlender technischer Kompetenz im Umgang mit digitalen Tools und sensiblen Daten.

Wesentlich für das Zögern vor Investitionen in BIM ist die Frage der Rentabilität; denn noch ist es beim Planen und Bauen in Deutschland keine gängige Methode. BIM kann nämlich nur funktionieren, wenn alle verwertbaren Daten vorhanden sind, eingespeist werden und sich alle dann auch an die Spielregeln halten. Da hapert es noch vor allen Dingen, weil es an einheitlichen Standards für die BIM-Methode fehlt und Datenformate zwischen den Systemen oft nicht miteinander austauschbar sind. Um BIM bundesweit zur Standardmethode werden zu lassen, braucht es also verbindliche Voraussetzungen für die Umsetzung, und genau das ist das Ziel unseres heute vorliegenden Antrags.

Das vom Bundesinnenministerium und vom Bundesverkehrsministerium eingerichtete nationale Zentrum für die Digitalisierung des Bauwesens, BIM Deutschland, hat letztes Jahr mit der Arbeit begonnen. Ziel ist es, ein abgestimmtes Vorgehen im Infrastruktur- und Hochbau zu entwickeln. Eine wesentliche Hilfe dabei sind die praktischen Erfahrungen aus der Anwendung des Stufenplans „Digitales Planen und Bauen“ sowie die zahlreichen Pilotprojekte des Bundes.

Aber es bleibt natürlich noch einiges zu tun. Vor allen Dingen braucht es offene und herstellerneutrale Standards für den Datenaustausch sowie einheitliche Normen in Deutschland und in Europa; das wurde ja auch schon angesprochen. Die müssen wir definieren. Nur so können wir die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Systeme zwischen Planern, Unternehmen und Verwaltung flächendeckend herstellen.

Wir wollen, dass die öffentliche Hand die Wirtschaft bei der Erarbeitung von Normen auf interna-

tionaler Ebene stärker unterstützt und Qualifizierungsangebote im Bereich des digitalen Planens und Bauens unterbreitet. Denn wir müssen uns ja mal fragen, wo das Personal in den kleinen und mittelständischen Betrieben herkommen soll, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter digital zu schulen und in die Gremien zur Normbestimmung entsandt zu werden.

Aber auch die öffentliche Hand, die Bauverwaltungen vor Ort, dürfen wir beim Thema Digitalisierung nicht alleine lassen. Für uns als SPD ist es deshalb besonders wichtig, die Kommunen und Länder dabei zu unterstützen, ihre Planungsverfahren zu digitalisieren und zu standardisieren. Denn nur wenn alle am Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozess beteiligten Akteure, nur wenn Auftraggeber und Auftragnehmer wissen, was sie mit „digitaler Zusammenarbeit“ meinen und auf welcher Grundlage sie zusammenarbeiten, kann die Digitalisierung des Planens und Bauens gelingen. Wir wollen helfen, dieses gemeinsame Verständnis herzustellen.

Aber eins muss dabei klar sein: Wir können uns hier noch so sehr anstrengen – wenn die grundlegenden Voraussetzungen nicht stimmen, könnten diese Bemühungen ins Leere laufen. Deshalb ist es essenziell, endlich beim Breitbandausbau voranzukommen. Hier steht das Wirtschafts- und Infrastrukturministerium in Verantwortung. Wir dürfen die Architekturbüros, Bauunternehmen und Kommunen in der Fläche nicht hängen lassen. Schnelles und zuverlässiges Internet muss überall vorhanden sein; denn auch das gehört zu unserem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit diesem Antrag auf einem guten Weg, das digitale Planen und Bauen unter den Bedingungen einer föderalen Verwaltungsstruktur und einer kleinteiligen Wirtschaft voranzubringen. Lassen Sie uns dieses Zukunftsthema als demokratische Parteien progressiv vorantreiben und somit unser Land mit dem Bauen 4.0 fit für die Zukunft machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Für ein digitales Bauwesen müssen etwa für schnelles Internet in ländlichen Regionen mit dem verstärkten Breitbandausbau die Voraussetzungen geschaffen werden.

© picture-alliance

Dr. Petra Sitte, Die Linke:

Mit der Planung befasste Stellen gut ausstatten



Petra Sitte (*1960)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Wir diskutieren heute zunächst einen Antrag, in dem die FDP-Fraktion ein sehr spezielles Verständnis von Technologiepolitik offenbart. Statt ausgehend von realen Problemen zu überlegen, welche Innovationen zu ihrer Lösung beitragen könnten und wie man diese fördern könnte, wird einfach mit einer Technologie angefangen, nämlich der Blockchain, und diese dann wahllos zur Lösung aller möglichen Probleme vorgeschlagen. Heute ist es die Planung von Großprojekten.

Das ist aber nicht Ihr erster Antrag dieser Art. Ich will nur einige Ihrer Forderungen zum Thema Blockchain aus der Vergangenheit aufzählen – das ist jetzt Ihr Wer-

beblock; aber das müssen wir machen – Juni 2018: Umstellung der Katasterämter und der Grundbuchverwaltung auf Blockchain prüfen; Dezember 2018: Blockchain-Verfahren bei der Zollabwicklung aufbauen; November 2019: Bildungsnachweise auf die Blockchain bringen.

Weil sich die FDP nun auf Teufel komm raus als Digitalisierungspartei verkaufen will, aber inhaltlich vergleichsweise wenig dahintersteht, bleibt Ihnen schlicht und ergreifend nichts anderes übrig, als auf jeden Hype aufzuspringen.

Und welcher Hype war in den letzten Jahren größer als der um die Blockchain? Das ist eigentlich überraschend;

denn hinter dieser Technologie steckt zwar durchaus eine geniale Idee, aber diese Idee ist eine zur Lösung eines ganz speziellen Problems, und dieses stellt sich mit der Schaffung einer digitalen Währung ohne verwaltende Instanz. Also: Für Kryptowährungen ist die Blockchain tatsächlich eine Basistechnologie.

Andere sinnvolle Anwendungsfelder – und wir haben das im

Ausschuss schon hoch- und runterdiskutiert – haben sich in den letzten Jahren trotz großer Bemühungen eben nicht gefunden. Da wird jetzt also fleißig versucht, für die Blockchain Lösungen zu finden, bei denen Daten dezentral verwaltet und manipulationssicher aufbewahrt werden sollen. Das klingt ja alles nicht schlecht; aber nur selten wird der Versuch unternommen – Ihrerseits schon mal gar nicht –, zu erklären, warum dies nicht mit bereits vorhandenen Mitteln gehen soll, als da sind: gängige kryptografische Verfahren, gängige Datenbanktechniken ganz ohne die enormen Transaktionskosten und mithin auch enorme Energieverschwendung durch die Blockchain.

Die Digitalisierung der Planung kann das Bauen kostengünstiger machen.

Im vorliegenden Antrag und in den von mir vorhin zitierten Anträgen steht dazu nicht ein einziges Wort. Es drängt sich also durchaus der Eindruck auf, dass hier einfach staatliche Aufträge generiert werden sollen für ein ganz bestimmtes Produkt – ein Produkt, für das es der Markt nicht schafft irgendeine Anwendung zu finden, das aber letztlich doch ir-

gendwie verkauft werden soll; keine Idee, die man von der FDP erwartet, und gut ist sie deswegen auch nicht.

Nun fragt man sich ernsthaft, was die Antragsteller eigentlich glauben, worin die Probleme bei der Durchführung staatlicher Großprojekte bestehen, wenn die Blockchain die Lösung sein soll.

Ihr Antrag hebt beispielsweise die „Resistenz gegen Manipulation“ hervor. Ist der Flughafen BER tatsächlich wegen Manipulation nicht rechtzeitig fertig geworden? Habe ich da was verpasst? Warum soll die Dezentralität der Datenspeicherung für solche Projekte so wichtig sein? Stehen die für die Planung zuständigen Behörden unter Manipulationsverdacht? Warum braucht man für automatisierte Zahlungsabwicklungen sogenannte Smart Contracts? Haben Sie ernsthaft die Sorge, dass der Staat untertaucht und Auftragnehmer auf ihren Forderungen sitzen bleiben? Bisher hat die öffentliche Hand doch immer tapfer nachgeschossen, ob das in Hamburg oder in Berlin war; das ist doch gerade vorhin angesprochen worden.

Wichtig ist doch vor allem, dass die mit der Planung befassten Stellen personell und finanziell gut ausgestattet sind, um die Planung kompetent durchführen und die Ausführung letztlich auch kontrollieren zu können. Und ja, zu dieser Ausstattung gehört eben auch eine entsprechende digitale Infrastruktur.

Die Digitalisierung der Planung kann das Bauen allemal kostengünstiger machen – gar keine Frage –, effizientere Beteiligung er-

möglichen und so eben auch einen Beitrag zu Klimaschutz, zu mehr Mitbestimmung, Demokratie oder ganz konkret zu mehr sozialem Wohnungsbau leisten, den wir ganz dringend brauchen.

Dafür braucht man aber ganz sicher keine grundlegend neuen Technologien, sondern einfach öffentliche Investitionen in die entsprechenden IT-Verfahren unter Einbeziehung aller Beteiligten und im Rahmen einer am Gemeinwohl orientierten Strategie. Ein solcher lösungsorientierter, technologieoffener und nicht nur an Unternehmensinteressen orientierter Ansatz wird ganz sicher zu besseren Ergebnissen führen als die Vorfestlegung auf ein – vor allem bei der FDP – sehr beliebtes Buzzword.

Sie schreiben, Sie wollen Ihren Vorschlag evaluieren. Ja, was muss ich denn machen, um evaluieren zu können? Ich muss im Grunde genommen beide Ansätze durchziehen. Da ahne ich doch heute schon, was bei Ihrer Bewertung am Ende herauskommt.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns bitte weiter offen bleiben für technische Innovationen und deren Entwicklung. Aus meiner Sicht erscheint es allemal besser, nach passenden Lösungen für bestehende Probleme zu suchen als nach passenden Problemen für bestehende Lösungen.

Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Danyal Bayaz, Bündnis 90/ die Grünen:

Wir plädieren für einen digitalen Euro



Danyal Bayaz (*1983)
Landesliste Baden-Württemberg

Und es gibt die anderen, die sagen: Die Blockchain ist die Lösung für jedes gesellschaftliche Problem. – Das sind meistens die, die damit gutes Geld verdienen wollen. Ich glaube, die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen.

Ja, die Blockchain ist eine spannende Technologie; das hat auch die Große Koalition erkannt, auch wenn sie ein bisschen gebraucht hat, um eine Blockchain-Strategie an den Start zu bringen. Ich weiß nicht, ob sie die Bezeichnung „Strategie“ verdient; aber es wurden halt mal ein paar Ideen zusammengetragen. Ehrlicherweise muss man sagen: Es sind da andere Länder wie Malta, Japan oder Kanada weiter, die die Blockchain im Rahmen ihres E-Governments

auch wirklich einsetzen. Bei uns war es – das muss man fairerweise sagen – so, dass es zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzminister Kompetenzgerangel zu der Frage gab, in welchem Haus dieses Thema eigentlich angesiedelt ist. Aber diese Diskussionen nutzen uns allen nichts, wenn am Ende keine sichtbaren strategischen Projekte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger herauskommen. Das vermisste ich, meine Damen und Herren. Deswegen ist es der FDP auch nicht zu verdenken, dass sie ein exponiertes Pilotprojekt fordert. Aber bei allem Respekt, lieber Mario Brandenburg: Ich halte das auch ein bisschen für Aktionismus, und ich will Ihnen sagen, warum. Ich glaube, dass

weder der Flughafen in Berlin noch der Bahnhof in Stuttgart schneller, besser oder günstiger geworden wären, wenn wir das mit der Blockchain gemacht hätten.

Ich frage mich manchmal: Warum fangen wir eigentlich immer mit den komplizierten Sachen an? Ich würde mich ja schon freuen, wenn wir die einfachen Dinge in der Digitalisierung hinbekommen würden: einfache digitale Lösungen, gut aufbereitete Informationen. Dazu gehören auch: gutes Projektmanagement, gutes Kostencontrolling, schnellere Planungsverfahren und zur Sicherung der Finanzierung eine Investitionsregel für die Schuldenbremse. Dabei geht es eben erst mal nicht um technische Lösungen; da geht es um politische Lösungen, meine Damen und Herren.

Als ich den Antrag gelesen habe,

habe ich so ein bisschen an das Motto „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel“ gedacht. Ich finde, wir müssen uns vielmehr fragen: Wo kann die Blockchain sinnvoll einen Mehrwert für die Gesellschaft leisten? Ich habe noch mal nachgeschaut – das ist ja technisch nicht ganz einfach: Das ist bei Prozessen der Fall, bei denen Transaktionen dezentral zwischen verschiedenen Akteuren stattfinden, das System lückenlos und chronologisch Zwischenschritte speichert und es keine vertrauenswürdige dritte Instanz für die Kontrolle gibt.

Ich finde, da gibt es sinnigere Pilotprojekte, zum Beispiel das Thema Lieferketten, wenn es darum geht, soziale oder Umweltstandards in der Textilindustrie zu tracken, oder bei der nachhaltigen, dezentralen Energieversorgung oder

Es sind da andere Länder wie Malta, Japan oder Kanada weiter.

eben auch – ein Thema, das mich besonders beschäftigt – im Zusammenhang mit dem Finanzmarkt.

Facebook hat ja angekündigt, eine eigene Währung, Libra, an den

Start zu bringen. Ich finde, wir sollten private Unternehmen nicht mit der Macht ausstatten, Geldschöpfung zu betreiben. Aber wenn wir die Silicon-Valley-Technologie und auch chinesische

Player wie Alipay – die haben wir uns im letzten Jahr im Finanzausschuss angeschaut – nicht wollen, dann ist schon die Frage: Was wollen wir eigentlich? Deswegen plädieren wir für eine europäische

Lösung, für einen digitalen Euro; denn natürlich wollen auch bei uns immer mehr Menschen digital bezahlen. Deswegen, liebe FDP: Das wäre doch eine sinnvolle staatliche Initiative, um die Block-

chain auch in die Anwendung zu bringen. Dann sind wir auch gerne mit dabei. Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Kießling, CSU:

Bei der Digitalisierung der Baubranche alle mitnehmen



Michael Kießling (*1973)
WK Starnberg - Landsberg am Lech

Auch die Baubranche wird zunehmend digitalisiert und wird die Digitalisierung als Chance nutzen; davon bin ich fest überzeugt. Genau wie in anderen Branchen wird auch ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit von der Umsetzung der Digitalisierung abhängen. Für uns ist es hier wichtig, dass Planer, Unternehmer, Handwerker und auch die Verwaltung Schritt halten können. Klar ist auch, dass wir in Deutschland hier noch einiges an Potenzial haben, das wir durchaus heben können.

Bauen ist teuer und mit Risiken verbunden. Wir wollen schneller, effektiver und auch sicherer bauen. Deshalb gilt es einfach, das Potenzial der Prozesskette Bauen entsprechend zu heben und das, was dort versteckt ist, auch sichtbar und transparent zu machen. Hier hilft die Digitalisierung. Wie gesagt: Es geht darum, Risiken zu erkennen und fundierte Aussagen über das Bauwerk zu erhalten – und das am besten bevor gebaut wird, weil man

während der Planung die meisten Kosten beeinflussen und sparen kann. Deshalb haben wir als Fraktion zusammen mit der SPD einen Antrag zum Thema „Digitalisierung Bau“ gestellt. Im Zentrum steht dabei die Etablierung des Building Information Modeling. Dabei geht es nicht darum – was viele meinen –, dass BIM ein 3-D-Modell ist, sondern es ist wesentlich mehr. Es geht

darum, Informationen auszutauschen und nutzerbezogen zur Verfügung zu stellen, Konflikte vor der Bauausführung zu erkennen, Transparenz herzustellen und die Kommunikation der Beteiligten entsprechend zu fördern.

Mit der Digitalisierung sollen Qualität, Kostensicherheit, Termintreue leichter gewährleistet werden, da die Informationen schon vorab zur Verfügung stehen. Es gilt, Konflikte, die auf der Baustelle entstehen können, schon vorher zu erkennen und nicht erst auf der Baustelle zu sehen, dass ein Unterzug einem Rohr im Wege steht – oder andersrum. Es ist eine Binsenweisheit – ich habe es schon gesagt: Die Planung macht es aus. Dabei kann man die Kosten am meisten beeinflussen.

Im Koalitionsvertrag haben wir das Thema BIM auf die Tagesordnung gesetzt, und wir wollen es speziell für den Hochbau auch noch weiter vorantreiben. Dazu haben wir bereits folgende Maßnahmen ergriffen: die Einführung des Branchendialogs zwischen Bundespolitik und Bauwirtschaft, die Eröffnung des nationalen Zentrums für Digitalisierung des Bauwesens – BIM Deutschland –, um einheitliche Vorgaben für den Hochbau und Infrastrukturbau im Bundesbau zu erstellen, und die Förderung von Pilotprojekten im Bundeshochbau – beispielsweise der Neubau der deutschen Botschaft in Wien –, um das Thema BIM breitenwirksam zu kommunizieren.

Liebe FDP, Sie haben einen Antrag zum Smart Building gestellt. Ich muss sagen: Der Antrag ist so ziel führend wie fünf Runden im Kreisverkehr. Sie sollten unseren Antrag einfach intensiver lesen. Dadurch könnten die Doppelungen vermieden werden. Dabei spielt – wir haben es vorhin von unserem Staatssekretär gehört – unter anderem die Normierung eine große Rolle – die

Standardisierung der Prozesse, hersteller- und softwareunabhängige Datenstandards –; denn verlässliche offene Standards sind Voraussetzung dafür, dass wir alle am Bau Beteiligten entsprechend mitnehmen können. Dafür müssen wir letztendlich auch das BIM-Know-how, das wir über die Pilotprojekte gewinnen, zur Verfügung stellen. Dadurch schaffen wir Transparenz und Akzeptanz. All die Möglichkeiten, die Sie in Ihrem Blockchain-Antrag beschrieben haben, sind in unserem Antrag eigentlich schon enthalten; denn wir fordern, die

Standardisierung der Prozesse, hersteller- und softwareunabhängige Datenstandards –; denn verlässliche offene Standards sind Voraussetzung dafür, dass wir alle am Bau Beteiligten entsprechend mitnehmen können. Dafür müssen wir letztendlich auch das BIM-Know-how, das wir über die Pilotprojekte gewinnen, zur Verfügung stellen. Dadurch schaffen wir Transparenz und Akzeptanz. All die Möglichkeiten, die Sie in Ihrem Blockchain-Antrag beschrieben haben, sind in unserem Antrag eigentlich schon enthalten; denn wir fordern, die

Dr. Joe Weingarten, SPD:

Beitrag zu Nachhaltigkeit im öffentlichen und privaten Bauen



Joe Weingarten (*1962)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Zunächst mal vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Es ist mir eine große Ehre, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt in Zukunft stark prägen, Planungsprozesse beeinflussen und verändern. Von daher ist es richtig, dass sich der Deutsche Bundestag heute mit dem Zusammenhang zwischen der Digitalisierung und der Zukunft des Bauens beschäftigt. Das ist auch eine strategische Frage unserer Wirtschaftspolitik; denn gerade in der intelligenten Verknüpfung von Softwarelösungen mit der Produktion und komplexen

Bauvorhaben liegt eine große Zukunftschance für die deutsche Wirtschaft.

Wir mögen bei der Entwicklung von Software zum Teil hinter den USA liegen, mögen bei innovativen Maschinen die Konkurrenz aus China immer stärker spüren: Bei der Kombination von beidem, beim praktischen Einsatz von Software im Maschinen- und Anlagenbau, bei der Planung und Realisierung komplexer Industrie- und Bauprozesse, sind wir immer noch – gerade dank der Innovationskraft unserer mittelständischen Unternehmen – weltweit führend, und das wollen wir, auch im Bau, bleiben.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung im Bauwesen leisten. Die abgestimmte Nutzung und Weitergabe von Daten kann das Bauen schneller, ressourceneffizienter und fehlerfreier machen. Sie ist damit ein wesentlicher Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit im öffentlichen und privaten Bauen.

Die von der Bundesregierung dazu geplanten einheitlichen Vorgaben für den Hoch- und Infrastrukturbau gehen in die richtige Richtung – desgleichen die Forderung der Koalitionsfraktionen nach herstellernneutralen Standards für den Datenaustausch, um insbesondere auch kleine und mittelständische Unternehmen in komplexe Prozesse aufnehmen zu können. Es ist auch der richtige Weg, dass die Bundesregierung in Pilotprojekten mit wissenschaftlicher Begleitung einzelne Elemente der Digitalisierung dazu testet und bewertet. Dabei ist es richtig,

perspektivisch auch auf neue Technologien zu setzen. Dazu könnte grundsätzlich auch die Blockchain-Technologie mit ihrer dezentralen Registerstruktur gehören, in der alle einzelnen Transaktionen eines Netzwerkes abgespeichert werden. Die Manipulationsicherheit, die unzweifelhafte Zuweisung bestimmter Werte zu In-

Ein Risikoprojekt ohne vorherige Tests baut keiner, bezahlt keiner, und das versichert keiner.

haben und das hohe Automatisierungspotenzial sprechen für diese Technik. Der Aufwand ist aber zunächst für alle Beteiligten groß, und der Hauptvorteil, die Herstellung von Vertrauen zwischen einander Unbekannten, kommt bei Bauprojekten eher weniger zum Tragen; denn da kennt man sich ja und geht ausdrücklich vertragliche Beziehungen miteinander ein.

Die im letzten Herbst beschlossene Blockchain-Strategie der Bundesregierung gibt dazu den richtigen Weg vor: die Stabilität der Technologie sichern, Projekte und Reallabore fördern, um Erfahrungen zu gewinnen, klare und verlässliche Rahmenbedingungen sicherstellen und in den Verwaltungen digitale Kompetenzen zur Umsetzung schaffen. Bei vielem davon stehen wir aber wissenschaftlich und praktisch noch am Anfang.

Deshalb noch ein Wort zum Antrag der FDP „Staatliche Großprojekte auf einer Blockchain transparent machen“. Das ist aus meiner Sicht kein großer Wurf. Zwar haben die antragstellenden Digitalbaumeister mit Freude allerlei Begrifflichkeiten der Digitalpolitik und der Projektplanung aufeinander gestapelt. Aber ein Bauwerk, das inhaltlich und politisch überzeugt, ist dabei nicht herausgekommen.

Es ist ja ein kühner Gedanke, ausgerechnet die Methoden und

Prinzipien der Blockchain-Technologie – chancenreich, aber unausgereift, wie sie zum Teil noch sind – auf ein öffentliches Großprojekt exemplarisch loszulassen, sie also quasi unter den schwerstmöglichen Bedingungen zu testen. Der Antrag sieht das Problem ja selbst und regt im Falle des Scheiterns an, das Gleiche dann noch mal, halt eine Stufe kleiner, zu probieren. Das erscheint dann doch etwas naiv.

Der Antrag hat aber auch erhebliche inhaltliche Lücken. Mittelstand, Arbeitnehmerqualifikation, Datenschutz: Alles Fehl-anzeige! Einen solchen Antrag vorzulegen, ohne darauf einzugehen, wie gerade die mittelständischen Bauunternehmen, die in der Regel nicht über entsprechende Erfahrungen verfügen, in ein Blockchain-gesteuertes Großprojekt eingebunden werden können, ist fahrlässig. Da hilft es auch nicht, wenn hinten im Antrag dreimal das Wörtchen „KMU“ eingestreut wird. Vor dem geistigen Auge der Antragsteller steht wieder einmal der allumfassende Generalunternehmer für Großprojekte im Zentrum, also genau das Modell, das wir eigentlich nicht wollen. Auch zu den Arbeitnehmern und den Qualifizierungen – kein Wort. Aber wie sollen denn Informatiker und Bauingenieurinnen, Architektinnen und Rohstoffunternehmer, Verwaltungskräfte und Finanzierungseinrichtungen

Mittelstand, Arbeitnehmerqualifikation, Datenschutz: Alles Fehl-anzeige!



In Afghanistan wird über den Einsatz von Blockchain im Gesundheitssystem nachgedacht. Mit Hilfe der Technologie sollen unter anderem gefälschte Medikamente besser erkannt werden können. ©picture alliance/Marijan Murat/dpa

mit einer so anspruchsvollen Technik zusammenarbeiten, wenn das nicht vorher festgelegt, getestet und eingeübt wurde? So ein Risikoprojekt ohne vorherige Tests baut keiner, das bezahlt keiner, und das versichert auch keiner. Alles Theorie!

Meine Damen und Herren, es bleibt vielmehr der beste Weg, was

die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung bei dem Thema vorhaben: einerseits neue Techniken wie Blockchain weiter erproben und an die Praxis heranzuführen, andererseits in den Unternehmen, in den Verwaltungen und in unserer Infrastruktur weiter die Voraussetzungen für eine entschlossene Digitalisierung von

Bauprozessen schaffen – im Dialog mit allen Beteiligten und nicht durch Schnellschüsse. So funktioniert das: im Interesse der bauwilligen Menschen, der Unternehmen und der Nachhaltigkeit.

Haben Sie vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Daniel Föst, FDP:

Beim Bauen wird es Zeit für Digital first, Bedenken second



Daniel Föst (*1976)
Landesliste Bayern

Herr Weingarten, herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Weingarten: „Die Strategie der Bundesregierung ist genau das Richtige“, dann sage ich: Sie ist langsam, ha-

senfüßig und geht nicht weit genug. Sie ist genau das Falsche. Deutschland leidet unter einem massiven Baustau. Wir bauen zu wenig, wir bauen zu langsam, und wir bauen zu teuer. Das hat Folgen: Es fehlen Millionen Wohnungen, Millionen bezahlbare Wohnungen. Deswegen steigen die Mieten nicht mehr nur in den Metropolen. Wir müssen diesen Baustau endlich auflösen. Alles, was Sie tun, Mietenbremse – Preisregulierung, noch mehr Konfrontation statt Kooperation -, behebt das Problem nicht. Das ist Symptombdorei. Wer den Mietern Macht geben will, muss Wohnraum schaffen. Da heißt „günstiger bauen“ auch „günstiger wohnen“.

Zur Wahrheit gehört, dass die Bauwirtschaft an ihren Grenzen ist; das ist richtig. Es gibt seit Jah-

ren deutlich mehr Genehmigungen als Fertigstellungen. Die Wohnungen sind in der Pipeline, aber wir kriegen sie halt nicht aufs Feld. Der Fachkräftemangel schlägt bei der Baubranche ein. Was in der Baubranche auch einschlägt, ist eine Politik, die verunsichert, die reguliert, die deckelt, die von Enteignungen schwadroniert, die einfach nicht zuverlässig ist. So eine Politik schafft kein Vertrauen, um Kapazitäten aufzubauen und in neue Technologien zu investieren. Dabei wäre jetzt die Zeit, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Die Bauwirtschaft gilt als eine der am wenigsten digitalisierten

Branchen in ganz Deutschland. Im Grunde planen und bauen wir noch wie die alten Römer. Dabei sind neue Technologien mittlerweile gang und gäbe. Wir brauchen nur nach Großbritannien zu schauen oder in die asiatischen Länder. Wir haben in Deutschland wieder mal akuten Nachholbedarf. Es wird dringend Zeit, dass wir ein Update im Wohnungsbau einleiten. Die Digitalisierung des Planens und Bauens heißt vor allem Building Information Modeling. Mit BIM könnten wir schneller bauen. Wir könnten günstiger bauen. Experten schätzen die Kostenersparnis auf 30 Prozent. BIM, liebe Grüne, macht Bauen auch nachhaltiger. Wenn ich genau weiß, welchen Baustoff ich beim Bau wo eingesetzt habe, dann tue ich mich beim Rückbau und vor allen Dingen beim Recycling leichter.

BIM ist gut für die Umwelt. BIM ist aber auch gut für die Unternehmen, weil es effizienzsteigernd ist.

Wir bauen zu wenig, wir bauen zu langsam, und wir bauen zu teuer. Das hat Folgen.

BIM ist auch gut für die Mieterinnen und Mieter, weil wir günstiger bauen können. Es wird Zeit für eine digitale Revolution am Bau. Da muss der Staat Vorreiter werden. Wir müssen im Hochbau und im Wohnungsbau endlich digital werden. Das bedeutet für uns: Die eigenen Bauprojekte müssen zu Leuchtturmprojekten werden. Überall da, wo der Bund mitfinanziert, muss BIM zum Standard werden. Aber BIM ist nicht das Ende, sondern der Anfang der Digitalisierung. Wenn ich mir hier die Reden anhöre, werte Kolleginnen und Kollegen, dann kann ich nur sagen: Beim Bauen wird es Zeit für Digital first, Bedenken second; sonst wird das nichts.

Vielen Dank.

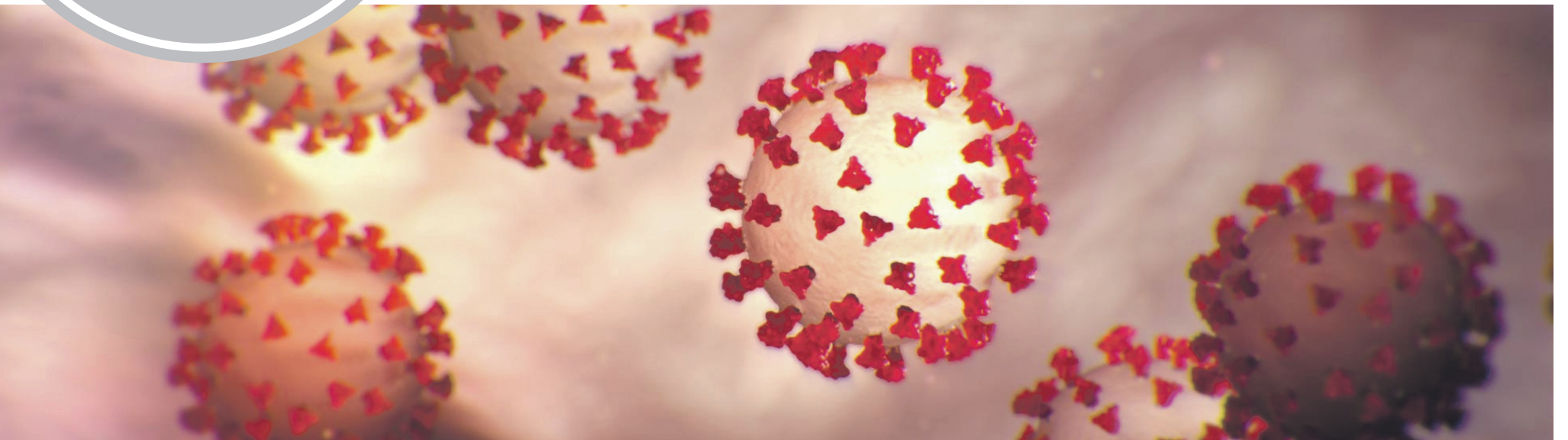
(Beifall bei der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Philipp Amthor (CDU/CSU), Christian Kühn (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Thomas Heilmann (CDU/CSU).

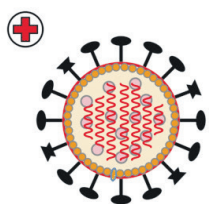
leicht
erklärt!

Das Corona-Virus

Die wichtigsten Infos



Seit einigen Wochen hört man in den Nachrichten viel vom Corona-Virus. Im folgenden Text gibt es Infos dazu.



Was ist das Corona-Virus?

Das Corona-Virus ist ein Krankheits-Erreger.

Der wissenschaftliche Name vom Virus lautet: Sars-CoV-2.

Es gibt viele verschiedene Corona-Viren.

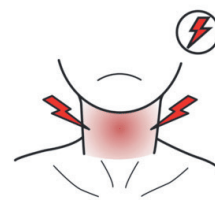
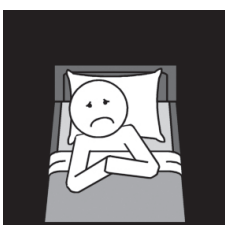
Das Corona-Virus, über das im Moment gesprochen wird, ist eine neue Art Corona-Virus.

Oft wird deswegen der Begriff „neuartiges Corona-Virus“ benutzt.

Hier in diesem Text wird es aber einfach nur Corona-Virus genannt.

Was macht das Corona-Virus?

Das Virus kann eine Krankheit auslösen. Der Name von dieser Krankheit lautet: Covid-19.



Den meisten Kranken geht es ähnlich wie bei einer Erkältung.

Sie bekommen zum Beispiel Hals-Schmerzen, Husten oder Schnupfen.

Ungefähr 20 von 100 Kranken spüren die Krankheit schlimmer.

Sie können zum Beispiel Atem-Probleme oder eine Lungen-Entzündung bekommen.

Einige Menschen sind an dem Virus auch schon gestorben.

Das waren meistens ältere Menschen. Oder Menschen, die schon vorher eine Krankheit hatten.

Wie hat sich das Virus ausgebreitet?

Das Corona-Virus wurde zuerst in China festgestellt.

Das war im Dezember 2019.

In Deutschland wurde die erste Erkrankung Ende Januar 2020 festgestellt.





Ein Mensch kann das Virus an andere Menschen weitergeben. Dadurch breitet sich das Virus aus. Inzwischen gibt es Krankheits-Fälle in vielen Ländern auf der Welt.

Was wird gegen das Virus getan?



Im Moment wird genau beobachtet, wie sich das Virus auf der Welt ausbreitet.

Auch in Deutschland wird das Virus beobachtet.

Dabei gibt es verschiedene Fragen.

Zum Beispiel:

- Wie schnell breitet sich das Virus aus?
- Wie kann man sich damit anstecken?
- Wie gefährlich ist das Virus?
- Was kann man gegen die Ausbreitung machen?

Die wichtigsten Ziele sind:

- Man will verhindern, dass sich das Virus weiter ausbreitet. Oder man will zumindest, dass es sich langsamer ausbreitet.
- Kranke sollen gut versorgt werden.
- Es sollen Medikamente gegen das Virus gefunden werden.

Im Folgenden einige der wichtigsten Dinge, die unternommen werden.

Forschung



Um das Corona-Virus zu bekämpfen, muss man so viel wie möglich darüber wissen.

Zum Beispiel:

- Wie breitet sich das Virus aus?
- Wie gefährlich ist es?
- Wo im Körper breitet es sich aus?

Auf der ganzen Welt untersuchen deswegen Forscher das Virus.

Und sie untersuchen die Krankheit, die es auslöst.



Arbeit an Medikamenten und an einem Impfstoff

Forscher auf der ganzen Welt arbeiten an Medikamenten gegen das Corona-Virus.

Dabei wird zum Beispiel geschaut, ob es schon Medikamente gibt, die gegen das Virus funktionieren.

Außerdem werden neue Medikamente gesucht.

Eine wichtige Arbeit ist die Suche nach einem Impfstoff.

Ein Impfstoff ist ein besonderes Medikament.

Wenn man einen Impfstoff nimmt, kann man sich nicht mehr so leicht mit einer Krankheit anstecken. Und wenn man sich ansteckt, ist die Krankheit oft nicht so schlimm.

Es dauert aber eine Weile, einen Impfstoff zu finden.

Wann genau ein Impfstoff fertig ist, lässt sich nicht sagen. Es kann mehr als ein Jahr dauern.

Arbeits-Gruppe



Die Bundes-Regierung hat eine Arbeits-Gruppe gegründet.

Das Fach-Wort für diese Gruppe lautet: Krisen-Stab.

Das ist eine Gruppe von Mitarbeitern aus verschiedenen Ämtern. Diese Ämter kümmern sich um die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen in Deutschland.

Die Gruppe trifft sich zweimal in der Woche.

Dort entscheiden die Mitglieder dann verschiedene Dinge, um etwas gegen die Ausbreitung des Virus zu machen.

Die Gruppe hat bisher verschiedene Dinge entschieden.



Zum Beispiel:

Sie hat Vorschläge gemacht, wann Veranstaltungen mit vielen Besuchern abgesagt werden sollten.

Sie hat bestimmt: Flugzeuge und Schiffe aus bestimmten Ländern müssen Bescheid sagen, wenn sie Kranke an Bord haben.

Außerdem plant die Gruppe, Schutz-Kleidung zu besorgen.

Zum Beispiel Masken und Schutz-Anzüge.

Damit sie zum Beispiel an Ärzte weitergegeben werden können.

Quarantäne

Eine wichtige Maßnahme ist momentan die Quarantäne.

Das spricht man ungefähr so: Karantäne.

„Quarantäne“ bedeutet: Menschen werden an einen Ort gebracht, wo sie keinen Kontakt mit anderen Menschen haben.

Zum Beispiel in einem Kranken-Haus.

Beim Corona-Virus müssen im Moment immer wieder Menschen zuhause bleiben.

Und zwar auch Menschen, bei denen man noch nicht weiß, ob sie das Virus in sich haben.

Denn man kann auch andere Menschen anstecken, wenn man sich gar nicht krank fühlt.

Die Menschen in der Quarantäne dürfen ihre Wohnung dann einige Tage nicht verlassen.

In der Zeit wird geschaut, ob sie krank werden.

Und es werden Tests gemacht, um das Virus festzustellen.

Wie sollte man sich jetzt verhalten?



Man kann bestimmte Dinge tun, damit man sich nicht so leicht ansteckt.

Es sind dieselben Dinge, die man auch tut, um sich vor einer Erkältung oder einer Grippe zu schützen.

1) Hände waschen



Corona-Viren können an den Händen kleben.

Wenn man dann Dinge berührt, kann man sie weitergeben.

Oder man fasst sich mit der Hand ins Gesicht.

Dann können die Viren über den Mund, die Nase oder die Augen in den Körper kommen.

Deswegen sollte man sich immer wieder die Hände waschen.

Man sollte dabei genug Seife verwenden.

Dann sollte man jede Stelle der Hände ordentlich einreiben. Und zwar 20 bis 30 Sekunden lang.

Danach spült man die Seife unter fließendem Wasser ab.

Dann trocknet man die Hände mit einem sauberen Tuch ab.

2) Richtig husten und niesen



Beim Husten und Niesen kann man die Viren weitergeben.

Darum sollte man folgende Regeln beachten:

Beim Husten oder Niesen mindestens 1 Meter von anderen weg sein. Und man sollte sich wegrehen.

Am besten niest und hustet man in ein Papier-Taschentuch. Das wirft man dann weg.



Taschen-Tücher aus Stoff sollte man nach dem Niesen und Husten bei 60 Grad waschen.

Wenn man kein Taschentuch hat, hustet und niest man in die Arm-Beuge.

Und nach dem Husten und Niesen wäscht man sich die Hände.

3) Abstand halten

Man sollte von Kranken einen Abstand von 1 bis 2 Metern halten.

Dann erreichen einen die Viren schlechter.

Es wird auch empfohlen, zur Begrüßung keine Hände zu schütteln.



4) Beim Arzt anrufen

Vielleicht glaubt man, dass man das Corona-Virus hat. Dann sollte man nicht unter Menschen gehen.

Man sollte auch nicht direkt zum Arzt gehen, denn dort könnte man andere Menschen anstecken.

Man sollte beim Haus-Arzt anrufen.

Der kann einem dann sagen, was man weiter machen soll.

Woher bekommt man Infos?

Wenn es um das Corona-Virus geht, gibt es immer wieder Neuigkeiten.

Es kann deswegen wichtig sein, sich immer wieder Infos zu holen.

Hier ein paar Stellen, von denen man Infos bekommt.



1) Robert-Koch-Institut

Das Robert-Koch-Institut ist ein Amt. Es kümmert sich um die Gesundheit der Menschen in Deutschland und erforscht Krankheiten.

Es stellt jeden Tag die neuesten Infos zum Corona-Virus ins Internet.

Die Webseite lautet: www.rki.de

2) Ministerium für Gesundheit

Das Ministerium für Gesundheit ist das oberste Amt für Gesundheits-Themen in Deutschland.

Auf seiner Webseite gibt es Infos über das Corona-Virus.

Die Webseite lautet: www.bundesgesundheitsministerium.de

3) Gesundheits-Amt

Gesundheits-Ämter gibt es in jeder Region.

Sie kümmern sich um Gesundheits-Themen in ihrer Region.

Sie sind wichtige Ansprech-Partner in der Nähe.

Die Nummer für Ihr Gesundheits-Amt finden Sie im Internet.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / ZUMAPRESS.com, Fotograf: Cdc/Cdc. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 11/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 16. März 2020.